



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 21.

Berlin, den 25. August 1918.

13. Jahrgang.

Sozialimperialistische Purzelbäume.

Berlin, den 20. August 1918.

Paulchens Sorgen.

Vor ungefähr 10 oder 15 Jahren konnte man folgendes Geschichtchen aus der russischen revolutionären Bewegung lesen: Ein fanatisch tätiger revolutionärer Agitator verschwand eines Tages aus den Reihen seiner Kampfgenossen. Nach längerer Zeit stieß ein Bekannter zufällig auf ihn und sah, daß der Wiedergefundene die Uniform eines — jaristischen Gendarmen trug. Zur Rede gestellt über den sonderbaren Berufs- und Kostümwechsel, sagte der Mann: „Ich bin noch genau der überzeugte Revolutionär wie früher. Aber da das Volk noch viel zu schlaff und stumpf ist, um Revolution zu machen, muß es erst aufgereizt und noch weit mehr gebüttelt und drangaliert werden. Dazu kann ich als Gendarm am besten beitragen. Je mehr ich die Muschiks peinige, desto eher kommt für mich die Möglichkeit, mich wieder als Revolutionär zu betätigen.“

An diese Geschichte wird man erinnert, wenn man das Treiben des extrem sozialimperialistischen Flügels unserer Regierungsozialisten betrachtet, wie es vor allem in der „Glocke“ seinen literarischen Niederschlag findet. In erster Linie ist es da Herr Dr. Paul Lensch, der Tag und Nacht nur von der einen großen Sorge geplagt wird: wie können die — englischen Arbeiter revolutioniert werden? Um dieses Ziel zu erreichen, zieht er zwar keine Gendarmen- oder gar feldgraue Uniform an, dafür unterstützt er aber in Wort und Schrift die militärische Aktion, die das „weltbeherrschende, perfide England“ zertrümmern und die englischen Arbeiter, nach Lensch's Meinung, reif machen soll für den internationalen Sozialismus.

Lensch verfiel bekanntlich seit den Novembertagen 1914, wo er aus einem kriegsgegnerischen Saulus ein kriegsbejahender Paulus wurde, die These: Der Weltkrieg ist die Weltrevolution an sich. England repräsentiert die Weltreaktion, Deutschland verfiel das revolutionäre Prinzip. Bethmann-Hollweg, Michaelis, Graf Hertling, Hindenburg, Ludendorff, die preussische und der bayrische Kronprinz, die Generale von Eichhorn und Kirchbach in der Ukraine, der General von der Goltz in Finnland, General von Falkenhayn in Belgien usw., sie alle sind oder waren nach des genialen Pauls Meinung Heroen der Weltrevolution. Und es war ein Glück für Paulchen, daß er eine Stätte fand, wo er mit seinesgleichen allwöchentlich den „sozialistischen“ Segen über das Walten und Wirken des deutschen Imperialismus sprechen kann. Der Oberrenegat und „sozialistische“ Kriegsgewinnler Parvus gibt nicht umsonst das Geld für die „Glocke“ her. Er weiß, daß es genug Vögel gibt, die auf die vergoldete Leimrute gehen und dann das Lied pfeifen, das seinen Wünschen entspricht. Aber es ist vielleicht nur ein ganz zufälliger Zufall, daß so mancher Umlerner seine neue Ueberzeugung auf dem Wege fand, der zu den Leuten führt, die über den größeren Geldbeutel verfügen.

Aber es genügte Herrn Lensch nicht, im Verein mit dem wissenschaftlichen Condottiere der Schwerindustrie und des Großkapitals, dem Herrn Professor Blenge, am Stränge der sozialimperialistischen „Glocke“ zu ziehen; er setzte sich auch hin und schrieb zwei Bücher, in denen er seine funkelneue Revolutionstheorie wissenschaftlich und als einzig erleuchteter Marx-Interpret begründete. Dem Buche mit dem Sensationstitel: „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück“ folgte das Werk: „Drei Jahre Weltrevolution“. Der hürger-

liche Verlag, der diese beiden Prachtzeugnisse „sozialistischer“ Kriegsliteratur mit sensationellem Reklametamtam auf den Büchermarkt warf, hat damit sicher ein gutes Geschäft gemacht und Herr Paul Lensch auch. Ueber sein zuletzt genanntes Buch wird im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ folgendermaßen geurteilt:

„Lensch erniedrigt die Idee, welcher er einst dienen wollte, welche er lauter im Munde führte als irgend jemand. Er hat nicht den Mut sich zu einer anderen Anschauung zu bekennen, daß er heute für des Deutschen Reiches Macht und Herrlichkeit streitet und das Prinzip des Weltbaues, wie es dem Sozialismus vor-schwebt, für irrealer Phantasie hält — und er geht hin und puht sein machtpolitisches Ideal mit den Emblemten des sozialistischen Gedankens. Wenn es irgendwie ernst ist mit der Realität von Ideen, wenn sie Realitäten sind, ebenso real und stark als die handfesten Dinge der Wirklichkeit (welche ja gar keine Wirkung üben können, ohne in eine Idee einzugehen), der wird ein solches Buch nur mit dem Gefühl einer unüberwindlichen Abneigung und des Widerwillens aus der Hand legen — wie immer er zu der Idee stehen mag, aus welcher ein ehemaliger Jünger das Aushängeschild für seine intellektuelle Schaubude gemacht hat.“

Doch die Ignoranten, die so etwas schreiben, kapierten natürlich nicht, daß Herr Paul Lensch bei der Abfassung seiner Meisterwerke nur von der einen Sorge getrieben wurde, unter allen Umständen dazu beizutragen, daß die englischen Arbeiter durch Zerschmetterung des kapitalistischen Englands revolutioniert werden. Leider hat er aber damit nicht viel Glück gehabt. Die Regierung Lloyd Georges hat vielmehr die Niederträchtigkeit befohlen, die „Drei Jahre Weltrevolution“ schleunigst ins Englische übersetzen und in großer Auflage unter der Arbeiterschaft verteilen zu lassen. Die englischen Kriegstreiber können sich gar kein besseres Material wünschen, um den Nachweis zu erbringen, daß die deutsche Sozialdemokratie imperialistisch bis auf die Knochen sei. Seht, sagen sie zu ihren Arbeitern, so schreibt ein „radikaler“ deutscher Sozialdemokrat; müßt ihr euch da nicht erst recht hinter eure Regierung stellen und die Anschläge des deutschen Imperialismus abwehren helfen?

Ob Herr Paul Lensch mit diesem praktischen Erfolge seiner Revolutionstheorie zufrieden ist, mag er mit sich selbst ausmachen. Vielleicht erfüllt es ihn mit Stolz, daß sein Opus der gleichen Ehre teilhaftig geworden ist, wie weiland das des Generals von Bernhardt, das ja auch in einer Millionenauflage von den englischen Imperialisten unter das Volk geworfen wurde. Und wenn der General von Bernhardt während des Krieges den Orden pour le mérite erhalten hat, so ist nicht einzusehen, warum nicht auch dem großen sozialimperialistischen Strategen an der Heimatfront eine ähnliche Auszeichnung zuteil wird.

Denn ein Buch wie Paul Lensch läßt nicht locker. In der neuesten Nummer der „Glocke“ veröffentlicht er wieder einen Artikel über „die soziale Revolutionierung Englands“. Der geplante Übergang des kapitalistischen Englands zum Schutzzollsystem begeistert ihn zu dem Satz: „Damit bricht das alte Gesellschaftssystem Englands zusammen.“ Und weiter jubiliert er: „Mit dem Übergang zum Schutzzoll gibt England das Eingeständnis ab, daß es den Krieg, wie es ihn von Anfang an aufgefacht und geführt hat, nämlich als Handelskrieg, verloren hat.“ Mit anderen Worten also: Deutschland hat heute schon besiegt Handelskrieg ge-

wonnen! Das scheint uns ein etwas verfrühter Jubel. Denn was für ökonomische Er-rungenschaften Deutschland aus dem jahrelangen Ringen davongetragen und inwieweit England der wirtschaftlich Unterlegene sein wird, das liegt vorläufig noch sehr im Dunkel.

Aber Herr Paul Lensch betrachtet die Dinge aus einer hohen, weltumspannenden Perspektive. Für ihn stürzt mit Preisgabe des Freihandels in England „das letzte Bollwerk liberaler Weltanschauung in Trümmer. In Zukunft wird es nur noch Imperialisten oder Sozialisten geben“. Der Übergang zum Schutzzoll wird die englischen Arbeiter zum internationalen Sozialismus bekehren, und wenn dann der nächste Krieg kommt, dann, ja dann wird „die Aussicht auf eine Ueberwindung der gegenwärtigen widerspruchsvollen Gesellschaftsordnung sein.“

Und um zur Erreichung dieses hohen Zieles im nächsten Kriege beizutragen, spielt Paulchen im gegenwärtigen Kriege die Rolle des eingangs erwähnten Revolutionärs im Gendarmen-tittel.

* * *

Arbeiterklasse und Sozialimperialismus.

Das vorstehende ist geschrieben worden nicht aus Lust an der Raubjagd mit einem Paul Lensch, sondern weil in der sozialimperialistischen Theorie und Praxis eine große Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse und den internationalen Sozialismus überhaupt liegt. In der Theorie von der Weltrevolution à la Lensch kommt die Arbeiterklasse als selbständig handelnder politischer Faktor überhaupt nicht in Betracht oder höchstens als Material, mit dem seine Heroen der Weltrevolution schalten und walten können. Und die Ausschaltung der Arbeiterklasse als bewußt handelndes Subjekt ist auch der Grundgedanke in den zahllosen Artikeln der Gesinnungsgenossen Paul Lensch's, der Winnig, Jansson, Heilmann und der Männer der „Sozialistischen Monatshefte“; dieser Gedanke beherrscht Theorie und Praxis der Herren von der Generalkommission der Gewerkschaften. Und er kehrt immer wieder in den Spalten der regierungssozialistischen und gewerkschaftlichen Presse. Die Arbeiterklasse soll das bemutterte Objekt der Parlamentarier, Gewerkschaftsführer, Organisationsleiter usw. sein. Während des Krieges soll die Arbeiterklasse auf die regierungssozialistische These von der Landesverteidigung festgelegt bleiben, nach dem Kriege schwebt den Heilmann, Winnig, Blenge usw. das Ideal eines Staatskapitalismus, gemildert durch etwas dekorative Scheindemokratie, vor, bei dem die Führer im Parlamente Pfennigerfolge erlitten und die Gewerkschaftsführer dem großindustriellen und fiskalischen Kapitalismus kargliche Zugeständnisse abschachern können, während die Arbeiterklasse geduldig die Kriegsfolgen und die Entbehrungen eines Notfriedens auf sich nehmen muß, bis sie — nach Lensch — beim nächsten Kriege von ihren Führern an ihre vaterländische Pflicht gemahnt wird.

Die sozialimperialistischen Apostel zwingen der regierungssozialistischen Partei ihren Willen auf. Sie stützen sich auf den Einfluß der Generalkommission und den des sich im Hintergrunde haltenden Parvus. Sie haben immerhin ein festes Ziel und einen festen Willen. So geniert sich Herr Lensch nicht, in diesen Tagen der Kolonialkriegerspende Agitationsreden für die kapitalistische Kolonialpolitik zu halten. Spricht er doch am 22. August

im Hamburger Gewerkschaftshaus über „Kolonialpolitik und Sozialpolitik“. Unterstützt wird er hierbei von dem schreibgewandten und wandlungsfähigen Herrn Dr. Adolf Köster, dem Kriegsberichtserstatteur der regierungsozialistischen Presse. Der andere Flügel der regierungsozialistischen Partei, der gern noch die alte Klassenkampfpartei mimen möchte, kann mit den sozialimperialistischen Draufgängern nicht mit und ist zu lauter Halbheiten verurteilt. Daher auch die fortwährenden Kämpfe zwischen Heilmann und Lensch auf der einen und Stampfer auf der anderen Seite; daher auch die geistigen Verrentungen des „Vorwärts“. In den Fragen der parlamentarischen und sonstigen politischen Praxis siegen aber stets die Sozialimperialisten, was bei der letzten Kriegskreditbewilligung besonders deutlich in Erscheinung trat.

Die Vermehrung der Frauenarbeit im Kriege.

Die Frauenarbeit hat während des Krieges eine ganz gewaltige Ausdehnung erfahren. In allen Berufen sind die Frauen an die Stelle der Männer getreten, die durch den Krieg von ihren Arbeitsplätzen fortgerissen worden sind. Selbst in Industriezweigen, in denen vor dem Kriege die Frauenarbeit wegen der Schwere der geforderten Arbeitsleistungen oder der gesundheitschädigenden Wirkungen nur in geringem Maße Eingang gefunden hatte, sind heute Frauen fast in demselben Maße wie die Männer beschäftigt und verrichten Arbeitsleistungen, von denen man vor dem Kriege ohne weiteres angenommen hätte, daß sie ihre Kräfte übersteigen. Der Bericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für die Jahre 1915, 1916 und 1917, der unlängst erschienen ist, zeigt diese Entwicklung der Frauenarbeit für Sachsen mit zahlenmäßiger Schärfe.

Nach diesem Bericht ist die Gesamtzahl der weiblichen Arbeiter in Sachsen vom Jahre 1914 bis 1917 gestiegen von 255 000 auf 280 000, also um 25 000. Diese Gesamtzahl gibt jedoch noch kein richtiges Bild von der Entwicklung der Frauenarbeit während des Krieges. Werden doch in Sachsen heute in der Textilindustrie 50 000 Frauen weniger beschäftigt als vor dem Kriege, von denen ein großer Teil in anderen Industrien ungleich schwerere Arbeit verrichtet. Ein ganz anderes Bild erhält man, wenn man die Industrien einzeln ins Auge faßt, in denen entweder große körperliche Anstrengungen bei der Verrichtung der Arbeitsleistung erforderlich sind oder in denen eine Gefährdung der Gesundheit durch den Arbeitsprozeß in der Regel zu erfolgen pflegt. So beschäftigte die Industrie der Steine und Erden im Jahre 1914 rund 13 200 männliche Arbeiter gegen nur 2800 weibliche Arbeiter. Heute hat sich das Verhältnis gewaltig verschoben. Die Zahl der männlichen Arbeiter ist auf 5700 gesunken, die Zahl der weiblichen jedoch auf 8000 gestiegen. Ähnlich haben sich die Verhältnisse in den Ziegeleien entwickelt, wo die Arbeit bekanntlich überaus anstrengend und unangenehm ist; vor dem Kriege 10 282 männliche und 1787 weibliche Arbeiter; 1917 dagegen 1907 männliche und 1087 weibliche Arbeiter. Also auch hier eine gewaltige Verschiebung des Verhältnisses zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern. Selbst in Glashütten und Glaskleisereien, wo Berufskrankheiten überaus häufig die Folge längerer Beschäftigung sind, zeigt sich die gleiche Tendenz. Hier weist der Bericht für 1914 8179 männliche und 1350 weibliche Arbeiter aus, für 1917 dagegen 3080 männliche und 1437 weibliche Arbeiter. Diese Industriezweige sind zurückgegangen, die Zahl der in ihnen beschäftigten Frauen ist dagegen im Verhältnis gewachsen.

Am deutlichsten aber tritt die Entwicklung zutage in der Industrie für Metallverarbeitung und der Maschinenindustrie. Hier tritt die Steigerung der Frauenarbeit nicht nur relativ, sondern auch absolut ganz gewaltig in die Erscheinung. Vor dem Kriege hielt sich hier die Frauenarbeit im Vergleich zu anderen Industrien, wie etwa der Textilindustrie, die schon vor dem Kriege mehr Frauen wie Männer beschäftigte, in mäßigen Grenzen. Im Jahre 1914 standen 165 000 männliche Arbeiter 18 500 weiblichen gegenüber, das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern war also 100 : 11, im Jahre 1917 dagegen war die Zahl der männlichen Arbeiter gesunken auf 182 000, die der weiblichen Arbeiter dagegen gestiegen auf 78 000. Mehr als 60 000 Frauen sind also heute in der Metallindustrie mehr beschäftigt, als in der Zeit vor dem Kriege. Die Metallindustrie hat während des Krieges größeren Umfang angenommen als vor dem Kriege. Sie beschäftigte 1917 rund 27 000 Arbeiter mehr, als im Jahre 1914. Diese Ausdehnung der Metallindustrie ist nur möglich gewesen durch die gewaltige Zunahme der Frauenarbeit. Heute ist in diesen Industrien das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern nicht mehr 100 : 11, sondern 100 : 60!

Ähnlich wie die Metallindustrie hat sich die chemische Industrie entwickelt. Hier tritt die Vermehrung der Frauenarbeit noch schärfer hervor, wenn es sich auch um kleinere absolute Zahlen handelt. Vor dem Kriege beschäftigte die chemische Industrie etwa 8000 Arbeiter, davon 8000 männliche und 3000 weibliche; heute dagegen beschäftigt sie etwa 16 000 Arbeiter, davon 6000 männliche und etwa 10 000 weibliche. Und dabei handelt es sich hier um eine Industrie, bei der gesundheitschädliche Wirkungen der Arbeit besonders häufig sind.

Allein die Zahl der Arbeiterinnen, die heute in Sachsen mehr beschäftigt werden, gegenüber der Zeit vor dem Kriege, gibt noch ebensowenig ein Bild von der Entwicklung der Frauenarbeit, wie sie ein Bild

von der Entwicklung der Industrie gibt. Es muß noch berücksichtigt werden, in welchem Maße sich das Arbeitstempo geändert hat und die Arbeitsmethoden verändert worden sind. Darüber gibt die Statistik der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten keine Auskunft. Wohl aber läßt sie wenigstens annähernd erkennen, wie die Arbeitszeit der weiblichen Arbeiter während des Krieges zugenommen hat. Nach dieser Zusammenstellung wurden in den Jahren 1915 bis 1917 in Sachsen von weiblichen Arbeitern über 16 Jahre 6 750 000 Ueberstunden über die durch die Gewerbeordnung festgelegte Höchstarbeitszeit hinaus geleistet. Fast 7 Millionen Ueberstunden: das heißt 7 Millionen Stunden vermehrter Ausbeutung der Frauennarbeit, 7 Millionen Stunden mehr, in denen die Frauen Mehrwert für die Unternehmer geschaffen haben.

Dieser vermehrten Dienstbarmachung der Frauen für das Unternehmertum entspricht jedoch keineswegs die finanzielle Würdigung der Frauennarbeit durch die Unternehmer. Ueberall werden die Frauen erheblich niedriger bezahlt als die Männer, die die gleiche Arbeit verrichten und das gleiche Arbeitsquantum erledigen. Für die Unternehmer bedeutet also die Vermehrung der Frauenarbeit während des Krieges nicht nur die Möglichkeit, ihre Betriebe aufrechterhalten zu können, sondern zugleich eine Erhöhung ihres Profits. Für die Arbeiterin liegt aber gerade in der schlechten Entlohnung der Frauenarbeit eine große Gefahr: Die Gefahr, daß nach dem Kriege ein Konkurrenzkampf eintritt zwischen dem Mann und der billiger arbeitenden Frau, der der Arbeiterin schwere Wunden schlagen muß. Es ist daher Pflicht, unter die Hunderttausende von Frauen, die heute im Reich mehr als vor dem Kriege in der Industrie beschäftigt sind, Aufklärung zu tragen, daß sie auf Gleichstellung ihrer Löhne mit den Löhnen der männlichen Arbeiter dringen. Wird dies während des Krieges gebildete Arbeiterinnenbeir in dieser Hinsicht nicht aufgeklärt, so kann die Vermehrung der Frauenarbeit während des Krieges zu einer direkten Bedrohung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse werden.

Ein Beitrag zur Wohnungsfrage.

Uns wird geschrieben:

War vor dem Kriege schon eine sogenannte Kleinwohnungsnot zu verzeichnen, so wird dieselbe nach dem Kriege ganz ungeheuerliche Dimensionen annehmen. Es werden uns nach dem Kriege, nach dem Urteil sachverständiger Männer, ungefähr 750 000 Kleinwohnungen fehlen. Das Reichsarbeitsblatt schreibt in seinem Juniheft: „Jedenfalls ist mit der Tatsache zu rechnen, daß mindestens in einer ganzen Reihe von Städten die zunächst leergewordenen Kleinwohnungen bis zu einem gewissen Grade während des Krieges wieder besetzt worden sind, daß ein erheblicher Teil der gegenwärtig aufgelassenen Haushaltungen nach dem Kriege wieder hergestellt werden, außerdem ein großer Teil der vielen Kriegsgelakten erst dann an die Gründung herantreten werden, und daß erfahrungsgemäß die Zahl der Eheschließungen nach einem Kriege stark ansteigt. Es wird also mit einer stark erhöhten Nachfrage nach Wohnungen nach dem Kriege zu rechnen sein, der der Ausfall der Neuwohnungen durch das Darunterliegen der Bautätigkeit gegenübersteht.“

Wurden vor dem Kriege ungefähr jährlich circa 20 000 Kleinwohnungen gebaut, so hat diese Bautätigkeit seit Kriegsausbruch ganz aufgehört. Schon jetzt während des Krieges ist die Nachfrage in stetigem Wachstum begriffen, nach Kriegsende wird diese Nachfrage, der keine entsprechenden Angebote gegenüberstehen, einen bedenklichen Umfang annehmen.

In den Großstädten war vor dem Kriege die Bevölkerung aufs engste zusammengepackt, so zum Beispiel in Berlin, dort waren 1910 von 580 000 Wohnungen 410 200, also circa 71 Proz., in Häusern, die mehr als 20 Wohnungen enthielten, 1911 betrug diese Zahl bereits schon 88 Prozent.

Der Anteil der Bevölkerung in überfüllten Wohnungen betrug nach Dr. Kuczinski (mehr als zwei Personen auf einen Wohnraum), 1910 in Posen 35, Dortmund 29, Essen-Düsseldorf 25, Aachen 24, Berlin-Dichtenberg 21, Breslau 20, Neukölln 18, Berlin 16, Charlottenburg 11, Kiel 9, Dresden 7, Hamburg 6, Leipzig 4 und Hannover 2 Prozent. Die Zahl der in solch überfüllten Wohnungen Groß-Berlins mit Charlottenburg, Dichtenberg, Neukölln, Schöneberg und Wilmersdorf lebenden Menschen betrug 436 000, d. h. 15 Proz. der Bevölkerung.

Was für gesundheitliche und sittliche Schäden, besonders wenn noch Altmietler hinzukommen, entstehen, lehrt uns ja die Tageschronik der Presse am besten. Mit Recht sagt Professor C. Pflüger in seinem Werk: „Die Besiedlungsbüchse und das Wohnen in hohen Stockwerkhäusern, das den Großstädtern reichlichen Aufenthalt und Bewegung im Freien unmöglich macht, ist als hauptsächlichste Ursache für die Verschlechterung ihrer Körperbeschaffenheit anzusehen.“ Treffend paßt hierzu der Ausspruch unserer Sozialpolitiker: „Man kann einen Menschen mit einer schlechten Wohnung genau so gut töten wie mit einer Kr.“

Ungezählte Kriegsgetraute Frauen wohnen jetzt noch bei den Eltern oder in Schlafstube. Naturgemäß konnten sie sich zurzeit keinen eigenen Hausstand gründen und zahlreiche Mütter lachten auf dem Lande wie auch in der Stadt Unterschlupf bei Verwandten. Familien, deren Ernährer oder auch Söhne gefallen, werden den Haushalt einschränken resp. haben es schon getan. Wie alle streben nach Kriegsende bei Heimkehr der Männer mit elementarem Gewalt auseinander und hinein in die enge Kleinwohnung. Vermehrt wird diese Masse auch durch den Zuzug der Kriegsbeschädigten nach der Großstadt.

Bisher handelt man die Lösung der Wohnungsfrage für eine Grundanfrage der Gemeinden, ist es diesen nun aber aus finanziellen Gründen nicht möglich, diese Aufgabe zu erfüllen, so fällt die Notwendigkeit, für Wohnungen zu sorgen, auf den Staat zurück, bildet sie doch einen Teil des Bevölkerungsproblems

Um für die Uebergangszeit Wohngelegenheiten zu schaffen, ist angeregt worden, einige Tausend von ausrangierten Eisenbahnwagen, ja sogar Schulen, als Wohnstätten einzurichten, selbst die Freizügigkeit möchte man einschränken. Diese Gedanken müssen von vornherein als ganz frivole Pläne verworfen und bekämpft werden. Ebenso verwerflich und einen großen Schritt nach rückwärts bedeutend die in Aussicht genommene Freigabe der Keller- und Dachwohnungen. Eine Schädigung der Gesundheit der minderbemittelten Klassen auf der einen Seite, auf der anderen ein Millionenverlust den Hausbesitzern gegenüber.

Dr. Raumann sagte einst: „Kellerwohnungen sind staatsgefährlich.“ Leider trifft dieser Ausspruch nur zu sehr das richtige. Jahrzehntelang ist dagegen gekämpft worden, Keller- und Dachwohnungen zu benutzen, und nun soll ein Federstrich genügen, um die Benutzung wiederherzustellen. Ebenso ist der Gedanke zu verwerfen, Familienwohnbaracken (ein schauerhaftes Wort) zu errichten.

Es handelt sich jetzt darum, daß nach dem Kriege genügend Wohnstätten vorhanden sind, keine provisorischen, sondern gesundheitlich einwandfreie Dauerkleinwohnungen.

Um diese doch den Interessen der Gesamtheit dienende Aufgabe zweckmäßig zu lösen, müssen Reich und Kommune gemeinsam helfend eingreifen. Es muß mit Hochdruck und unter Anwendung aller behördlichen Nachmittel gebaut, gebaut und abermals gebaut werden. Es muß unter allen Umständen für genügend menschenwürdige Wohnungen gesorgt werden.

Schon jetzt, wo die Bauten so teuer sind, daß mit Privatbauten gar nicht zu rechnen ist, selbst wenn auch genügend Baumaterialien freigegeben würden, wäre es Pflicht der Behörden, diese Bauten aufzuführen. Dadurch wäre für später die private Spekulation ausgeschaltet und einer Ueberteuerung der Wohnungen vorgebeugt.

Um diese Aufgabe zu lösen, ist notwendig, Bereitstellung von Baugelände, Baugeldern und Hypotheken, Beteiligung an bestehenden Baugenossenschaften, Uebernahme des Verlustes für die jetzt in der teureren Zeit gebauten Häuser, die später, wenn wieder normale Verhältnisse auf dem Baumarkt eingetreten sind, wahrscheinlich an Wert verlieren werden. Alles dieses sind Aufgaben, die zu lösen eine der ersten Aufgaben der Gemeinden und des Reichs sein müßten.

Ebenso ist es Pflicht der verantwortlichen Behörden, für sofortige billige Bereitstellung aller notwendigen Baumaterialien Sorge zu tragen, wie auch Freigabe der so dringend benötigten Arbeitskräfte für die sich mit der Herstellung von Baumaterialien befassenden Betriebe seitens der Heeresverwaltung. Eine gleichfalls große Rolle spielt die Verkehrsfrage, Heranschaffen von Rohmaterialien, Fortschaffen des Fertigmaterials. Sollen die Preise für Baustoffe nicht ins Unermessliche steigen, so müssen dieselben in genügender Anzahl vorhanden sein, die Privatspekulation ausgeschaltet und eine Preiskontrolle des Staates eingerichtet werden.

Wenn oben erwähnt wurde, daß die Baugenossenschaften zu bevorzugen sind, so findet dieses keine Begründung darin, daß die Genossenschaften in bezug auf Herstellung von Kleinwohnungen eine überaus leistungsfähige Tätigkeit haben. Wenn auch die Baugenossenschaften in dankenswerter Weise von Reich und Versicherungsanstalten unterstützt wurden, so hätte sich auch den Krankenkassen hier ein dankbares Feld der Betätigung, werden doch durch Herabgabe von Hypothekengeldern ihre Mitglieder indirekt unterstützt. In hygienisch einwandfreien Wohnungen treten doch seltener Krankheiten auf als in überfüllten, mit Schlaf- und Koffhängern geteilten Wohnräumen. Landrat Berthold erklärte einst: „Die beste Anerkennung für das Wirken der Baugenossenschaften ist die, wenn wir sehen, daß die Kinder der Mitglieder in den gefundenen Genossenschaftswohnungen gesunde rote Backen bekommen und als ein gesundes, kräftiges, junges Geschlecht heranwachsen.“ Der Jugend gehört die Zukunft, das sollen wir uns stets bewußt sein, ihr Lebensbedingungen zu schaffen, die besser sind als die, in denen wir aufgewachsen, soll und muß unsere heiligste Aufgabe sein.

Kinderreiche Familien, welche von den Hauswirten so gerne abgewiesen werden, ihnen bieten die Genossenschaften Unterkunft, haben ja die Mehrzahl von ihnen für die Genossenschaftskinder eigene Wohlfahrtseinrichtungen (Spielplätze, Kinderhorten usw.) geschaffen.

Somit stellen die Baugenossenschaften das Ideal der Zukunft dar, wer einer Baugenossenschaft beiträgt, ist der Billiar des Hauswirts entzogen, er ist ja doch sein eigener Hauswirt. Auch hier gilt die Devise: Einer für alle, alle für einen.

Der Krieg hat ja zur Genüge bewiesen, wie der private Hausbesitz zu bewerten ist. Tausende Frauen und Kinder von Gefallenen und zurzeit im Felde Stehenden sind obdachlos gemacht worden. Heute beherrschen die Großbanken die Millionenbevölkerung, während der Hausbesitzer nur der Kassenbote des Kapitals, ihr Hypothekenerhalter ist.

Alles das, was die Baugenossenschaften bisher leistungsfähig in der Wohnungsfrage geleistet haben, hier aufzuführen, würde zu weit führen. Die Genossenschaften können und wollen auch noch mehr leisten, es muß ihnen aber auch von den dazu berufenen Stellen wie auch aus den Kreisen der Bevölkerung weitestgehende Unterstützung zuteil werden.

Schon sehe ich, wie die Feinde der Genossenschaftsbewegung höhnlächelnd die Absicht zuden. Doch ach, wie vielen ist es schon so gegangen, alles Schwarzmalen und Prophezeien hat nichts genützt, der Gedanke der Genossenschaftsbewegung hat in den Kreisen des Bürgertums und der Arbeiterschaft schon zu tiefer Wurzel geschlagen, als daß ihm einige Heißsporne noch den Garau machen können. Worauf soll der Bürger, der Arbeiter noch warten, wenn er seine Wohnungsverhältnisse verbessern will? Er muß zur Selbsthilfe greifen. Die Tätigkeit einer Baugenossenschaft ist, wie keine zweite, geeignet, soziale Uebelstände nicht noch schlechter werden zu lassen, ein gesundes kräftiges Volk zu schaffen und in sittlicher und wirtschaftlicher Beziehung erzieherisch zu wirken.

Mögen diese kurzen Zeilen dazu beitragen, dem Gesinnungsgebanke neue Freunde zuzuführen.
Und nun zum Schluß noch ein, bei genügender Unterstützung der in Betracht kommenden Stellen, leicht auszuführendes Ideal: Im Zentrum der Stadt großer Geschäftsverkehr, hier sind die großen Geschäfte, die großen Betriebe, in denen die Arbeiter ihr Brot verdienen. Nach der Arbeit strömt das Arbeiterheer, die Masse, hinaus, dort an der Peripherie erheben sich, umfäumt von einem grünen Kranz kleiner Gärten, lustige gemächliche Häuser. Dorthin flüchten sich die Arbeiter, ruhen aus, von niemand gestört...

Aus unserer Sammelmappe!

Der verhinderte Hauptauschuss.
— Zensur der Reichstags-Szenogramme. — Alldentscher Jubel. — Regierungssozialismus und bürgerliche Gesellschaft. — Sozialdemokratische Annexionisten!

Wie eine Variation der bekannten Regel von dem Brunnen, der einen Deckel bekommen müsse, weil das Kind hineingefallen, wirkt das augenblickliche politische Gebilde und Getriebe des regierungssozialistisch-bürgerlichen Pressemischmasches in puncto Ostfragen. Im Großen Hauptquartier war nämlich wegen dieser Dinge ein geheimnisvolles Kommen und Gehen von Diplomatenräden und Fürstehelmen. Das heißt: Nichts genaues weiß man nicht, man vermutet nur!

Dem sei, wie ihm wolle: befagte Zeitungspapier-verbender stimmten ein mächtiges Hallo an um den schlafenden Hauptauschuss (heißt nicht etwa Reichstag!). Alle Hornsädler schwollen ob der offiziellen Geheimnisträmerie, bis endlich der Ruf nach Einberufung des Ausschusses herausgestammt. Hui, Samiel, hui!

Aber Samiel — Verzeihung, Herr Ebert nämlich, der Vorstehende und nächste zum Einberufen der verlangten Körperlichkeit — macht eine Ferientour und darf in seiner Ruhe wegen neu zu gründender Potentialitäten nicht gestört werden. Von ihm selbst aus kann passieren, was da wolle: wenn nur der Herr Arbeitervertreter seine Erholung von den anstrengenden Feldzügen gegen die verfluchten U. S. finden. Zum süßlichen Ja- und Amen sagen kommt er immer noch früh genug. Ebenso, um einige schüchterne Proteste über die Außerachtlassung der berühmten Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zu murmeln.

Es fällt uns natürlich nicht im Traume ein, den Theaterbesucher nach dem Hauptauschuss nachzunehmen. Ob er einige Wochen früher oder später von vollenzogenen Tatsachen informiert wird, ist für den Gang der Ereignisse herzlich gleichgültig. Ganz abgesehen davon, daß wir es grundsätzlich ablehnen müssen, Dinge in dem Halbdunkel des Hauptauschusses behandelt zu lassen, die vor das Forum des Reichstages gehören und damit die ungeschränkte und nicht offiziös rationierte Öffentlichkeit!

Auf diese prinzipielle Seite der Angelegenheit hinzuweisen, bietet man sich im anderen Lager natürlich wohlweislich. Vergißt auch mitzutellen, daß der Hauptauschuss ja eigentlich nichts anderes darstellt, als ein bereitwilligst von der Volksvertretung zur Verfügung gestelltes Schlummerkissen für das politische Gewissen der Regierung. Der Reichstag kennt keine Geheimnisse, das wird aller Verhandlungsstoff, der für den Bestand der Normal-Interimarien zu hoch ist, dem Hauptauschuss zugeschoben. Als sozusagen erweiterte Kommission kan er hinter schallstiller abgedickelten Filzwinden tagen.

Daß es vielleicht erforderlich wäre, den Reichstag vor dem Beginn von Verhandlungen wie den jetzt im Hauptquartier gepflogenen einzuüberufen — auf diese verneinte Idee kann natürlich ein patriotisch angehauchtes Gemüt nicht kommen. Freilich: Herr Stämpfer erinnert sich leise der Möglichkeit eines solchen Tuns; begnügt sich allerdings als gut gezeugener Durchhalter damit, auf die traurige Rolle des Reichstages bei bisher allen wichtigen Anlässen hinzuweisen. Was ihm obendrein noch ersichtliche Nähe lostet; einestheils, weil man um Gotteswillen keinen Anstoß erregen darf (Herrn Stämpfers Konto ist so wie so schon reichlich belastet) andernteils, weil man auch die Vorwärts-Leser nicht süchtig machen möchte, denen man bisher immer von dem ungeheuren Einfluß der Scheidemann-Fraktion erzählte! ...

In seiner glänzenden Analyse der 1848er Bewegung charakterisiert Karl Marx, als Wesen der Frankfurter Nationalversammlung mit folgenden Worten: ... So zeigt sich uns das Bild einer Versammlung, die den Anspruch erhebt, die einzige gesetzliche Vertretung einer großen und souveränen Nation zu sein, und die doch niemals den Willen und die Macht besaß, ihren Ansprüchen Geltung zu verschaffen. Die Verhandlungen dieser Körperschaft, die ohne jegliches praktische Ergebnis blieben, waren nicht einmal von theoretischem Wert, da sie bloß die abgebrauchtesten Gemeinplätze veralteter philosophischer und juristischer Schulen wiederholten. ... Ob die zukünftigen Geschichtsschreiber des Weltkrieges wohl bessere Worte finden werden, um das Wirken des Deutschen Reichstages in dieser Zeit zu umschreiben? Nicht nur, daß er das Inzupätkommen bis zur unübersehbaren Virtuosität entwickelt, das nachträgliche Fasagen zu allen Dingen, die man ohne ihn gestaltete, in vollendeter Weise beherrscht, gegen alle Kritik eine Rhinoceroshaut besitzt; meistens tagt er nur noch, um einen Grund zu finden, sich — weiter vertragen zu können! Kurz: von absolutistischer Warte aus gesehen, stellt er unzweifelhaft das Ideal aller Parlamente vor!

Es gibt aber nun einmal Leute, denen nichts gut genug gemacht werden kann, die immer und über alles sühnen müssen, die eben kein Ideal besitzen wollen. Zu diesen gehören u. a. die Kreise, welche sich um die „Kreuzzeitung“ und verwandte Werke gründen. Inubend auf der Tatsache, daß im Reichstage immer viel zu viel geredet wird, möchten

sie das Hohe Haus zwar nicht in Permanenz in Berlin schiden (was eventuell einen süßen Eindruck machen könnte!) aber immerhin doch der Öffentlichkeit verbergen, daß sich auch in seiner erlauchten Gemeinschaft einige Verlaute befinden, welche von dem Wahne wirklichen Volksvertretergefühles und Handeins nicht zu kurieren sind. Man will also die Szenogramme der Reden erst eine Zensur passieren lassen, ehe sie dem Volke vorgelegt werden dürfen. Das verstoßt zwar gegen die Verfassung, aber was tut das: Verfassung hin, Verfassung her, auf Einbildungen braucht wirklich keine Rücksicht genommen werden!

Die „Kreuzzeitung“ ist tatsächlich etwas unbescheiden. Haben es doch bisher schon die liberaleigenen Zintentulis der Reichstagskorrespondenzen zur Genüge verstanden, die Neben- und bequemer Oppositionsabgeordneter entgegen totzuschweigen oder bis zur Entfesselung umzuwerfen. Und nun kommt sie, und verlangt obendrein eine Zensurierung von amtswegen! Hät zum Spott noch den Hohn!
Armer Reichstag! ...

Nach Herrn von Hinzps Ernennung zum Nachfolger Kühlmanns hatte Professor Delbrück in den „Preussischen Jahrbüchern“ als unentbehrliche Eigenschaft des neuen Staatssekretärs verlangt, daß er einen täglichen Kampf auf Leben und Tod gegen die „Alldentschen“ führe. Solange er das nicht tue, sei von deutscher Seite nicht alles geschehen, was möglich war, um das Tor zu den Friedensverhandlungen zu öffnen. — Das „Berliner Tageblatt“ gab diese Ausführungen zustimmend wieder, worauf ihm nun die „Alldentschen Blätter“ in ihrer Nummer vom 17. August ins Stammbuch schreiben: „Na also! Jetzt weiß doch Herr von Hinzps, was von ihm erwartet wird: eine trisch-tröschliche Absage an die bösen Alldentschen, die den Frieden angeblich verhindern! O heilige Einfalt! Spotten ihrer selbst und wissen nicht viel!“

Das jubelnde Hohngeklächel der „Alldentschen Blätter“ über die Delbrücksche Forderung, die übrigens auch von den Scheidemannern unterschrieben wurde, ist nur zu berechtigt. Man muß schon am politischen Pöps leiden, um annehmen zu können, ein Mann, der vor einem halben Jahre von den Alldentschen als Hellsichtiger Nachfolger präsentiert wurde, sei als Kühlmann-Erbe plötzlich Gegner seiner eigenen Schützlinge geworden. Weh Geistes Kind er in Wahrheit, zeigte ja schon seine erste Amtshandlung, die Trennpetition, nicht minder neuerdings seine Polemik gegen Lloyd George.

Immerhin: einen Trost haben sich die Kläubigen vorbehalten: im November wird gründlich abgerechnet! Wir wetten tausend gegen eins: es gibt ein Hornberger Schiefen!

Herr Dr. Paul Lensch hat kürzlich wieder einmal aus der Schule geplaudert. Indem er gegen das unterstellte Friedensangebot in Kühlmanns Schwanengesang wetterte, verteidigte er zugleich die abermalige Bewilligung der Kriegskredite durch die Abhängigen und verteilte sich dabei zu folgender glänzenden Charakteristik ihrer Politik:
„... Früher lehnte die Partei den Etat ab, um dadurch ihre Feindschaft gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaft zum parlamentarischen Ausdruck zu bringen. Heute, wo diese Gesellschaft um ihr Leben ringt, kommt die Frage, wie man zu ihr steht, in der Stellung zu den Kriegskrediten zum Ausdruck.“ (Die Glocke, Nr. 15.)

Es erübrigt sich eigentlich, diesem Ausspruch noch einen Kommentar anzuhängen. Nur soviel: der Sozialismus kam jetzt einpucken, muß einpacken, wemigstens der der Herren um Scheidemann. Wüßten sie doch immerhin die Fiktion aufrechterhalten, als sei es die Aufgabe des Sozialismus — wie sie ihn auflassen — die bürgerliche Gesellschaft durch eine sozialistische zu ersetzen. Nun aber hat Herr Lensch ihnen klipp und klar das Irrige ihrer Auffassung nachgewiesen. Widerspruch ward nicht bekommen: also muß er ihnen aus der Seele geredet haben!

Nichtsdestotrotz: die abhängige Politik ist die konsequente Fortführung der sozialistischen Praxis vor dem Arlege! Wers nicht glaubt, zahlt nen Taler! —

Eines der gefährlichsten Annexionisten-Organen ist die „Glocke“. Gefährlicher etwa als die „Deutsche Tageszeitung“, die wenigstens eine offen erkennbare Flagge führt, während die edle Wochenschrift der Herren Barons, Hänisch, Lensch und Konsorten sich immer noch „sozialistisch“ nennt. Aus jeder Nummer sozusagen lassen sich Beispiele für ihre Prostitution des ehrlichen Verständigungsfriedens anführen. So finden wir in der Nr. 18 in einem Artikel von A. Kunds über Kolonialpolitik diesen prächtigen Erguß:

„Eines Tages werden sich die lehr noch feindseligen Staatsmänner zusammensinden, um die Welt neu zu verteilen. Trotz der Formel „Keine Anexionen“ wird sich auf kolonialen Gebiete eine große Grenzsteinverschiebung vollziehen. Es wird darüber entschieden werden, ob das kleine Belgien durch großen Kolonialbesitz, dem es nach Verlust, Bestimmung und Wuchtmitteln nicht gewachsen war, eine Bedrohung des Weltfriedens bleiben, ob ein degenerierter Marionettenstaat von England (Snaden wie Portugal, ein Hindernis für wirkliche Kolonialkultur, ob ein Herrenstaat wie England, weiter neben dem eine lagierende Weltmeere die Hälfte der Erdbugel beherrschen oder eine lagierende Gesellschaft wie die Franzosen auch fernerhin ein über das natürliche Maß hinausgehendes Kolonialreich besitzen soll auf Kosten vortwärtstreibender Mächte. — Was dann Deutschland seine zerstreuten kleinen Kolonialbesitze zugunsten eines großen mittelafrikanischen Kolonialreiches aufgeben. Deutschland muß bei der Neuordnung der Welt dabei sein als vollberechtigter Faktor, weil der Deutsche, der deutschsozialistische Geist, der Menschheit noch etwas zu leisten vermag.“

Bravo! Herr Kunds beherrscht die alldentsche Terminologie mindestens ebenso gut wie der Graf

Nebensfoto und gibt ihm in der kleinsten Umschreibung seines Eroberungswillens nichts nach. Freilich, sympatisch ist uns schon der streitbare Graf, der auf die Risierung des famosen „deutschsozialistischen Geistes“ hufet und Geißel lieber original anführt! Was auch entschieden reinlicher ist. B. D.

Graf-Berliner Chronik.

Proletariat und Pferdereinen. Ein Genosse schreibt uns: „Panem et circenses!“ (Brot und Zirkusspiele) war der Wahlspruch des römischen Proletariats, als dieses sein Klassenbewußtsein verloren hatte und ein Spielball in der Hand gewisser Macht-haber geworden war, die es ihren Zwecken dienlich zu machen wußten. Soll es auch mit unserem Proletariat so weit kommen? Diese Frage muß sich jedem aufdrängen, der das Treiben auf den Rennplätzen sieht. Schon jetzt bringt so mancher Proletarier Zeit und Geld dem Pferde- und Wettisport zum Opfer, anstatt seinen Klassengeossen in ihrem wirtschaftlichen und politischen Kampfe zur Seite zu stehen. Von diesem Unfug muß sich jeder konsequente Sozialist fernhalten. Er darf seine paar Groschen und seine freien Stunden, noch viel weniger aber seine geistigen Kräfte nicht der Wettmachine opfern. Zweifelloß führt dauernde Beschäftigung mit diesem „Sport“ schließlich zur Verblödung seiner Anhänger. Gewiß, es mag ein prädeludes Gefühl sein, die Ereignisse im Rennsport zu verfolgen; aber es ist doch letzten Endes nur die Klasse der Unternehmer, die aus dem Renn- und Wettbetriebe Nutzen zieht. Von diesen Leuten, die an der Aufrechterhaltung des Rennbetriebes interessiert sind, wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, die Anferanlagen für die Rennpferde sowie der Aufwand an Waggons und Kohlen für die Beförderung der Pferde und des Publikums seien so geringfügig, daß sie sich der Gesamtheit gegenüber gar nicht bemerkbar machen könnten. Bei der Aufrechterhaltung des Rennbetriebes — so sagt man — händen „derartige wichtige Interessen wirtschaftlicher und sonstiger Art“ auf dem Spiel, daß man den kleinen Mehraufwand nicht scheuen dürfe. Daß dem nicht so ist, hat schon am Ende des Vorjahres sogar die Eisenbahnverwaltung eingesehen, die allen Ernstes beabsichtigte, die für die Beförderung nötigen Waggons zu verweigern und so dem Rennbetrieb ein jähes Ende zu bereiten. Erst durch angestrengte Bemühungen gelang es den interessierten Kreisen, die Eisenbahnverwaltung davon zu überzeugen, daß es wichtiger sei, ihre Pferde zu befördern, als für die Bevölkerung Kohlen und Nahrungsmittel heranzuschaffen. Und die Fachzeitsungen konnten damals freudigstrotzend mitteilen, daß „die planmäßige Durchführung des laufenden Rennjahres als gesichert gelten“ kann. Dem Proletariat aber sei zugerufen: Halte dich fern von diesem Unfug, der auch in jeder Beziehung schädlich, und stärke eure körperlichen und geistigen Kräfte zur erfolgreichen Durchführung eures Lebenskampfes, anstatt dem Wettetzel Geld und Zeit zu opfern!

Recht eigenartig klang folgende Bestimmung: „Der Staatskommissar für Volksernährung hat für Preußen neue Höchstpreise für Wild festgesetzt. Sowohl die Preise, die die Jagdberechtigten als auch die, die Großhändler und Kleinhändler verlangen dürfen, sind unwesentlich erhöht worden. Für Groß-Berlin betragen die Kleinhandelspreise: Für Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild für Huden und Hens das Pfund 3 Mk. (2,50 bis 2,80 Mk. im Vorjahr). Für Blatt oder Zug das Pfund 2 Mk. (1,15 bis 2,10 Mk.), für Ragout oder Kossfleisch das Pfund 1 Mk. (80 bis 1,10). Bei Hasen beträgt der Höchstpreis das Stück 10 Mk. (L. B. 6,80) mit Balg, 9,75 Mk. (6,55) ohne Balg, bei wilden Kaninchen für das Stück mit Balg 3,00 Mk. (2,15), ohne Balg 3,55 Mk. (2,10), bei Fasanen Hähnen das Stück 8 Mk. (6), Fasanenhennen 7 Mk. (4,75).“ Jeder Leser wird neugierig fragen: Wo gibts denn eigentlich Wildfleisch zu kaufen? Und wer bekommt das Wild?

Einen schweren Schaden erleiden zahlreiche Einwohner in Moabit durch Einbrecher, die vorige Woche bereits zum zweiten Male in die Grobshuhmachelei des Schuhmachermeisters S. Bratke, Wilhelmshavener Str. 23 einbrachen und fertige und unfertige Damen-, Herren- und Kinderstiefel, Sohlen, Leder, Zwirn und Werkzeuge entwendeten. Da die Kunden keinen Ersatz des Erhabes erhalten, ist der Schaden doppelt schlimm, zumal durchgängig nur kleine Werte in Frage kommen.

Tada Kraucher sollen mit einem neuen Tabak erfreut werden. Es soll gestaltet sein, in Zukunft Birnen-, Apfels-, Weinnuß-, Haselnuß- und Topinamburblätter als Ersatzstoffe bei der Herstellung von Tabakerzeugnissen zu verwenden. Immer weiter so, die Ersatzindustrie soll leben.

Zwei Raubmorde machen von sich reden. In der Vintenzstraße ist eine Schankwirtin, in der Carlstraße ein Schankwirt ermordet und beraubt worden. Die Kriminalpolizei sucht eifrig nach den Tätern, bis zu diesem Augenblicke ohne Erfolg.

In Mariendorf macht das Verhalten des Bürgermeisters viel von sich reden. Ein Kontrolleur der Zeitstelle von Groß-Berlin hatte in Erfahrung gebracht, daß die Milch der von der Gemeinde gehaltenen Kühe ohne Marken abgegeben und daß als Bezieherin dieser markenfrennen Milch die Frau des Herrn Bürgermeisters in Frage kam. Der Kontrolleur stellte die Frau Bürgermeisterin fest, dabei fiel ihm aber das Oberhaupt der Gemeinde, der Herr Bürgermeister, in den Arm und nahm den pflichtstrengen Kontrolleur nach dem Amte, wo er ihn dann laufen lassen mußte. Nach Mitteilungen, die in der Presse gemacht wurden, handelt es sich nicht nur um Entnahme von Milch, sondern auch um andere schöne Sachen, die markenfrenn entnommen wurden. Die vorerwähnte Behörde des Herrn Bürgermeisters ist von dem Sachverhalte in Kenntnis gesetzt worden.

Ans der Zeit.

Die Seife des Herrn Handelsministers. Ganz Budapest lacht über das Mißgeschick, das dem ungarischen Handelsminister Baron Josef Szterenyi zugefallen ist. Am 27. Juli rief ein Dekret des Handelsministeriums, der Gewerbeschulprofessor Dr. Görgen, den Direktor der Budapester Seifenfabrik Klein & Sohn telephonisch an und bestellte für den persönlichen Gebrauch des Handelsministers dessen Lieblings-Toiletteseife, Marke Vera Violetta. Vergebens wandte der Direktor ein, daß die Herstellung dieser Seife laut Ministerialerlaß des Handelsministeriums bei Strafe verboten sei (es handelt sich um Friedens-Toiletteseife). Der Besteller vom Handelsministerium wehrte alle Bedenken ab mit Berufung auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit, da der Herr Handelsminister eine andere Toiletteseife als die Marke Vera Violetta nicht benutzen wolle. Schließlich ließ sich der Direktor breitschlagen und sagte die Anfertigung von 3 Duzend Vera Violetta-Seife zu.

Dieses Gespräch wurde jedoch zufällig von dem Journalisten Gombóz belauscht, der durch ein Versehen der Telefonzentrale in die Verbindung hineingekommen war. Er beschloß, die Sache zu verfolgen und verband sich zu diesem Zweck mit einem anderen Journalisten Namens Hainal, der zum telephonisch abgelauchten Lieferungsstermin, am Donnerstag, den 1. August, sich in die genannte Seifenfabrik begab und dort „im Auftrage des Handelsministeriums“ die drei Duzend Vera Violetta-Seife übernahm und den dafür berechneten Betrag von 162 Kronen gegen eine auf den Namen Sr. Erzellenz Baron Josef Szterenyi lautende Rechnung erlegte.

Am nächsten Tage prangte das Fassimile dieser Rechnung mit einem ausführlichen erklärenden Text in Gombóz' Blatt, der „Nepszava“. Und Freitag lag unter dem Akteneinlauf der Budapester Staatspolizei eine Anzeige gegen den Handelsminister Josef Szterenyi wegen Anstiftung zur Umgehung des Kriegsseifenverlages und gegen die Kleinfache Seifenfabrik wegen Verletzung des Fabrikationsverbots. Der Anzeige lagen als corpus delicti bei: 36 Stück der feinen Szterenyischen Lieblingsseife Vera Violetta.

Alles in allem aber wird man sagen können, daß der Herr Minister, der sich nur mit Friedensseife Vera Violetta waschen kann, der Bevölkerung nicht gerade ein rühmliches Beispiel im Ertragen der Kriegslasten gegeben hat.

Wegen Steuerhinterziehung verurteilte das Landgericht in Elberfeld den Generaldirektor Adels der Mannesmann- und Munitionswerke in Remscheid zu 6 Monaten Gefängnis und 1552 000 Mark Geldstrafe. Adels wurde in Haft behalten, weil er fluchtverdächtig ist, da er sehr viel Geld im Auslande angelegt hat. Adels erhielt als Generaldirektor 11 000 Mk., die er auf Heller und Pfennig versteuerte. Im Jahre 1916 bezog er Einkünfte von 175 000 Mk. Dazu kamen noch Einkünfte seiner beiden Direktoren. Einer schenkte 735 000 Mk., der andere 110 000 Mark. Dieses Einkommen blieb unbesteuerter. Was die Herren sonst noch getrieben haben, geht aus einem hinterlassenen Briefe des Direktors Biler, der sich erhob, hervor, in dem es heißt: „Wenn alles herauskommt, was wir beide, Adels und ich, gemacht haben, kommen wir aus dem Buchtum nicht heraus.“ Herr Adels, der sich so verdient um das Vaterland gemacht hat, zudem er den Staat um die Steuern betrog, war mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe ausgezeichnet worden. Seine Verdienste waren wirklich lohnende.

Jugendweihe Herbst 1918.

Die Arbeiterkinder, deren Kinder im kommenden Herbst die Schule verlassen und die ihren Sohn oder ihre Tochter an der Jugendweihe unserer Arbeiterjugend teilnehmen lassen wollen, werden ersucht, schon jetzt die Anmeldungen im Jugendsekretariat, Schilderstraße 5, Hof 2 Treppen, vorzunehmen. Die Jugendweihe findet am 22. und 29. September 1918 im Festsaal des Stadthauses, Klosterstraße, gemeinsam mit der Jugendweihe der freireligiösen Gemeinde statt.

Es sei daran erinnert, daß irgendein gesellschaftlicher Zwang zur Teilnahme am Konfirmationsunterricht und an der Konfirmation nicht besteht. Arbeiterkinder, die kein inneres Band mehr mit der Kirche verbindet und die vielleicht auch schon das äußere Band mit der Kirche gelöst haben, werden den Wunsch haben, ihren Kindern beim Eintritt ins Leben eine Feier zugänglich zu machen, die ihrer Ueberzeugung und ihrer Weltanschauung entspricht. Eine solche Feier ist unsere Jugendweihe. Es ist selbstverständlich, daß die Teilnahme an unserer Jugendweihe die Teilnahme an einer kirchlichen Konfirmation ausschließt. Die Anmeldungen sollen schon jetzt vorgenommen werden, weil den Kindern vor der eigentlichen Jugendweihe Gelegenheit gegeben werden soll, die Grundgedanken unserer freien Weltanschauung, soweit das ihrem jugendlichen Verständnis angepaßt ist, kennen zu lernen.

Alles Nähere wird bei der Anmeldung bekannt gegeben, die wir recht bald vorzunehmen bitten.

Literarisches.

Sozialistische Auslandspolitik. (Herausgegeben von Dr. Rud. Breitscheid, unter ständiger Mitwirkung von E. Bernstein, H. Bloch, H. Haase, R. Kautsky, H. Ströbel, u. a. Erscheint wöchentlich einmal.)

Die soeben erschienene Nr. 34 enthält u. a.: Politische Offensive von Rud. Breitscheid; Demokratie oder Diktatur von R. Kautsky; Zur tschechischen Frage von einem Tschechen; Memorandum der Sozialisten der Ententeländer über die Kriegsziele (Schluß); Sozialpatrioten.

Die Sozialistische Auslandspolitik kann direkt vom Verlag (Berlin W. 15, Fasanenstr. 58) wie auch durch die Parteibuchhandlungen, die Organisationen und durch die Post bezogen werden. (Postzeitungsliste Nachtrag Nr. 8.) Preis für Deutschland und Oesterreich-Ungarn vierteljährlich vier Mark, für das übrige Ausland fünf Mark.

Quittung.

Der Kasse des 4. Kreises wurden zugeführt: H. Freudenreich 2,—, Emil Neumann 1,80, Quosyl 0,85, aus der Sechserklasse, Abt. 26, Bez. 833 15,—, Herpt 1,80, Wulf 1,80, Stephan 1,80, Reizner 1,80, Behr 1,80, Bielski 1,80, Rastropf 1,80, Roemes 2,—, Silberstein 2,—, Dörbrandt 1,85, Pape 1,85, Treffbahn 2,60, Loose 2,—, Kauer 2,—, Borchardt 2,60, Baumgarten 2,—, Thiem 1,80, Bezirk 197 II 15,—, F. Simon 8,—, Trittwitz 1,80, Wandt 0,80, W. 1,80, Hübler 1,80, Guhl 1,80, Abteil. 42 2,55, Abteil. 84 6,40, Müller 1,80, Kunst 1,80, Garsteck 1,80, Reichle 1,80, durch Bern 167,—, P. Krause 10,—, G. Prate 5,—, Lorge 5,— Mk.

H. Barentzin, Stralauer Platz 10/11.

Aus den Organisationen.

Die Anmeldung zur Neuköllner Jugendweihe am Sonntag, den 22. September, bitten wir zu bewirken.

Die Teilnahme veranlaßt keinerlei Kosten.

Das Sekretariat ist nur wochentags von 5½ bis 8½ Uhr offen.

Die Bibliothek nur Mittwoch und Sonnabends. Mittwoch von 4 bis 9 Uhr. Sonnabend von 7 bis 9 Uhr. Der Vorstand.

Richtenberg. Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß wir einen Stenographiekursus für Jugendliche eingerichtet haben. Jedoch können auch Erwachsene daran teilnehmen. Der Unterricht beginnt am 5. September, abends 7 Uhr, und findet jeden Donnerstag statt.

Der Unterricht ist unentgeltlich und findet im Jugendheim, Dörfelstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht:

Die Bezirksleitung.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 25. Aug., vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neukölln, „Ideal Kasino“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 48 bei D. Bamp; „Freireligiöse Vorlesung“. — Vorm. 10½ Uhr, Al. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Ernst Dämmig. — Gäste willkommen.

Bezirk Reinickendorf-Ost. Sonntag, den 25. August, 2 Uhr, im Jugendheim, Amendestraße 79, Vorlesung für die reifere Schuljugend. Zum Vortrag gelangen Erzählungen und Begebenheiten, die zu vorurteilsfreiem Denken erziehen.

Der Bildungsausschuß.

Wehmütige Erinnerung!

Am 25. August 1917 starb in einem Lazarett in Herdingen a. Rh. an der Ruhr im vollendeten 44. Lebensjahre mein geliebter Mann, unser guter, treusorgender Vater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Landsturmmann

Karl Christannier.

Dies zeigt tiefbetrußt im Namen der trauernden Hinterbliebenen an

Frau Emilie Christannier, geb. Rohrbeck, Luise, Emilie und Jemchen, als Kinder.

Mein lieber Karl! gar zu schnell ist's eingetroffen, was Du immer hast gesagt, daß Du der letzte bist von Deinen Brüdern, der hinauszieht und der erste, der nicht wiederkehrt.

Wie eilten wir, als die Depesche kam, um nochmal mit Dir zu sprechen. Doch leider mußten eine Stunde zuvor, Deine lieben Augen brechen.

So schlaf denn wohl, geliebter Mann und Vater, der Schmerz ist groß, wir können's noch nicht fassen, daß wir Dich nicht mehr wiedersehen.

Verlassen sind jetzt die Deinen, die so bittere Tränen um Dich weinen, Du kehrt nie mehr zu uns zurück.

Du wünschtest Dir nur Frieden, nun ist er Dir beschieden.

Nur wer Dich gekannt, kann unsern Schmerz ermessen, Du bleibst uns ewig unvergessen.

Die herzlichsten Glückwünsche zu ihrem am 26. o. stattfindenden 25 jährigen Ehejubiläum unserem langjährigen Parteigenossen und Genossin

Gustav Kuschminder

sendet

Die Bezirksleitung des Soziald. Kreiswahlvereins Niederbarnim. Bez. Reinickendorf-West.

Sechster Wahlkreis.

Die Dame, die am Sonntag, den 4. August, in Sommerfest des Kreises im Moabit Schützenhaus den Damen-Regenschirm am Karussell mitgenommen hat, wird ersucht, denselben bei Steinhausen, Turiner Str. 3, vorn 2 Trp., abzugeben.

Gebundene Jahrgänge des Mitteilungsblattes für das Jahr 1917/18

können im Verbandsbüro, Schilderstr. 5, zum Preise von 12 Mark pro Band abgegeben werden.

Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben, guten Mannes, des Gastwirts

Gustav Hemp

sage ich hierdurch allen meinen herzlichsten Dank.

Witwe Verta Hemp

SW., Hallsches Ufer 10.

geb. Wille.

Nachruf!

Nach längerem Krankenlager verstarben zwei unserer besten Kollegen.

Am 4. August 1918 der Schlosser

Erich Müller

an Herzleiden.

Am 20. August 1918 der Schlosser

Willi Weise

an Lungenschwindsucht.

Ein ehrendes Andenken bewahrt

Die Arbeiterschaft

Argus-Motoren Berlin-Reinickendorf-Ost Abteilung Flohr.

Ortsverein Neukölln der U. S. V. D.

Nachruf!

Als ein Opfer des Krieges beklagt die Neuköllner Mitgliedschaft den Verlust eines ihrer besten Kämpfer. Der frühere Vorsitzende des Ortsvereins und langjähriges Mitglied der Proffkommission

Gustav Heinrichs

verstarb an den Folgen eines Herzerleidens im Alter von 72 Jahren.

Sein unerschütterlicher Glaube an den Sozialismus, die große Liebe zu seinen Klassen Genossen, ließ ihn alle Rücksicht auf die eigene Person zurückstellen. Der Dienst in der Arbeiterbewegung war ihm das größte und wichtigste allen Handelns. Er hat der Arbeiterbewegung unendlich viel gegeben. Dafür danken wir ihm an dieser Stelle. Wir gönnen ihm die verdiente Ruhe. Den überlebenden Jungen aber rufen wir zu: Kämpft gleich ihm tapfer für den Sozialismus. Trophem und alledem!

Der Vorstand.

Die Mitglieder des 11. Bezirks.

Wahlverein Schöneberg.

Nachruf!

Nach längerem schweren Leiden verstarb am 18. August 1918 unser Genosse, der Friseur

Gustav Frohner.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Vorstand.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

4. Wahlkreis.

Am 30. Juli verstarb an den Folgen des Krieges im Alter von 28 Jahren unser Genosse, der Hausdiener

Max Tede

Marllinsstr. 12, Bezirk 255.

Ehre seinem Andenken!

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Leib; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schilderstraße 5.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.

Demokratie und Sozialpolitik in England.

I.

Die überraschende Weisheit, die uns deutsche Professoren und gewisse sozialdemokratische Umformer¹⁾ jetzt tagtäglich vorsehen, ist die Entdeckung, daß die Demokratie ein Hindernis energischer Sozialpolitik sei und nur die „soziale Monarchie“ oder der bürokratische Staat, dessen Stützen ja geistige Arbeiter seien, oder die mythische „deutsche Freiheitsidee“ dem sozialen Gedanken freie Bahn öffnen. So verkündet uns Paul Lench („Drei Jahre Weltrevolution“, 1917): „Die rückständige individualistische Staatsverfassung der demokratischen Westmächte kann unmöglich das Ideal sein, dem Deutschland nachzustreben hat. — Diese indirekte Sozialisierung der Staatsgewalt, diese Durchdringung der staatlichen Atmosphäre mit Lebensgeistern des Sozialismus, sie ist es, die den „demokratischen“ Westmächten stets fremd geblieben ist. Weder der englischen noch der französischen Arbeiterklasse ist es gelungen, das allgemeine Wahlrecht — soweit man übrigens in England davon reden kann — aus einem Werkzeug der Pressefreiheit in ein Instrument des sozialen Aufstiegs zu verwandeln.“ — Wahre Freiheit und wahren Sozialismus gibt es eben nur in Deutschland, das ist der Sinn aller dieser Redereien. Niemals war sie (die Staatsgewalt in Deutschland) so sehr das willkürliche Organ der Klassenherrschaft, wie in England.“ Ganz besonders scharf hat es aber Lench auf Lloyd George: „Schon seit langem schämte sich die gute englische Gesellschaft der „Pöbelpartei“, die das Land regierte, und die in der Tat höchst geeignet war, durch Politiker, wie Asquith und Lloyd George, denen ein Mann wie Ferdinand Toennies die Verechtigung abspricht, als gebildete Leute zu gelten, den guten Ruf Englands gründlich zu kompromittieren.“ Lench stimmt also mit der „guten“ englischen Gesellschaft völlig überein. Vielleicht ist es nicht ganz ohne Interesse, einmal einen Blick auf das Wirken jener „Pöbelpartei“ und ihrer „ungebildeten“ Führer zu werfen.

Da sehen wir nun, daß der ungeheure wirtschaftliche Aufschwung Englands im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege nicht auf die Unternehmer beschränkt blieb, sondern von einer sozialpolitischen Gefolgebegleitung war, die in unserer jetzigen Epoche blinden Englandhaßes meist ganz totgeschwiegen oder geradezu in ihr Gegenteil umgelogen wird. Es schien, als ob sich nach einer Periode der Erschlaffung ein aktuelles Wiederaufleben seiner materiellen und moralischen Kräfte kundgeben wollte. Eine gute Darstellung dieser neueren Sozialpolitik hat S. A. Walter in einem Buche gegeben, das kurz vor Kriegsausbruch erschien und bisher fast unbeachtet blieb²⁾. Lloyd George hat dem Buch ein Geleitwort vorausgeschickt, in dem er Deutschland für sein Vorangehen auf dem Felde der Sozialversicherung warmen Dank sagt. Nachdrücklich hebt er ferner den grundlegenden Unterschied zwischen der alten und neuen Sozialpolitik hervor, von denen erstere nur die Symptome lindere, letztere aber die Ursachen des Elends zu beseitigen trachte. Walter würdigt das ungeheure Verdienst Lloyd Georges, der diesen Umschwung bewirkt und gemeinsam mit Asquith und Winston Churchill Beispielloses geleistet habe.

Lange Zeit beschränkte sich die Staatsstätigkeit in England auf den Arbeiterschutz, während alles übrige, insbesondere die soziale Versicherung, den mächtig entwickelten Selbsthilfeorganisationen, Gewerkschaften, Unterstufungsklassen usw. überlassen blieb. So groß die Leistungen dieser Verbände auch waren, so blieben doch Millionen unqualifizierter Arbeiter ausgeschlossen, denen die Kraft zur Organisation fehlte. Da mußte die Armenpflege ergänzend eingreifen, die in England seit Jahrhunderten umfassender organisiert war als irgendwo, aber trotz aller Reformversuche unserem sozialen Bewußtsein keineswegs genügen konnte. Gerade der Umstand, daß England dem sozialen Gedanken zuerst Bahn gebrochen hatte, hemmte später lange weitere Fortschritte, ja selbst die Arbeiter gingen ja an den hergebrachten Formen und widerstrebten dem staatlichen Zwang. Länder, die ihre Industrie und Sozialpolitik später entwickelten, haben in beiden Beziehungen von England gelernt und ihr Vorbild teilweise sogar überflügelt. Jetzt aber begann auch England wieder, die Erfahrungen seiner Schüler zu benutzen und mit lähnen Schritten neuerlich die Führerschaft zu übernehmen. Auch ist für England charakteristisch, daß in den sozialpolitischen Fragen alle Parteien ziemlich zusammenarbeiten. Die Konservativen haben sogar viel früher soziale Gesetze geschaffen als die Liberalen, die lange jeder Staatseingriffung heftig widerstrebten. In neuester Zeit aber hat der radikale Liberalismus, der einen stark sozialistischen Einschlag hat, eine Reihe energischer Sozialreformer eingeleitet, und die Konservativen haben diese Gesetzentwürfe fast immer unterstützt.

Die englischen Arbeiter beziehungsweise ihre Gewerkschaften streben weniger Verbesserungen des gesetz-

lichen Arbeiterschutzes an, der vielmehr hauptsächlich durch die Tätigkeit der Gewerkschaften selbst ausgearbeitet wird, sondern sie konzentrieren sich vorwiegend auf zwei Forderungen: erstens, das Recht auf Arbeit, also größere Stetigkeit der Beschäftigung, und zweitens Festsetzung eines Mindestlohnes oder Gewährleistung eines Existenzminimums. Die Gewerkschaften gewinnen durch fortschreitende Fusion in große Verbände immer mehr Macht. Um der Wiederholung von Generalstreiks vorzubeugen, hat die Regierung 1911 einen paritätischen Industrierat geschaffen, der vermitteln soll und der sich auf Antrag der Regierung mit der Frage der Kollektivverträge beschäftigt, wobei er zu untersuchen hat, ob solchen Kollektivverträgen bindende Kraft für ganze Industrien, auch gegenüber widerstrebenden Unternehmern, beigelegt werden könne. Der Industrierat lehnte zwar den Zwangscharakter bei Streiks ab, empfahl aber obligatorische Kollektivverträge für ganze Industrien. Der Gegensatz zwischen diesen Forderungen zeigt die Schwierigkeit der Frage.

Die Gewerkschaften und Genossenschaften haben in neuerer Zeit auch eine parlamentarische Vertretung durchgesetzt und eigene Kandidaten aufgestellt. Hierbei führte die Frage, ob die Gelder der Gewerkschaften für solche Zwecke verwendet werden dürfen, zu langwierigen Rechtsstreiten, da sich ein großer Teil der Arbeiterklasse dagegen aussprach. Die Regierung räumte eine Hauptschwierigkeit aus dem Wege, indem sie der Gewährung von Diäten an die Abgeordneten aus Staatsmitteln zustimmte und den Gewerksvereinen auch die Verwendung der Gelder für Wahlzwecke gesetzlich ermöglichte, doch können widerstrebende Mitglieder auf ihren Antrag von der Beitragsleistung befreit werden.

Die Politik der alten Gewerkschaften, die auf zumstärkliche Abschließung der einzelnen Gewerbe hinauszielte, hat dazu beigetragen, die Ausbildung qualifizierter Arbeiter einzuschränken, so daß oft Mangel an solchen herrscht. Hierdurch wurde aber die Lage der ungelerten Arbeiter verschlechtert, da ein Ueberangebot an solchen entstand. Andererseits strebten viele Unternehmer danach, statt ständiger Arbeiter bloß Gelegenheitsarbeiter zu beschäftigen, die nach vollendetem Werk wieder entlassen wurden. In der Unstetigkeit der Beschäftigung, also häufiger Arbeitslosigkeit, bestand somit die sogenannte „neue Arbeiterfrage“. Auch andere Umstände haben zu dem Ueberangebot an unqualifizierten Arbeitern beigetragen, so die rüstige Entwicklung der Handels-, Verkehrs- und Transportgewerbe, die besonders viel unqualifizierte Arbeiter beschäftigen, ferner die technische Rückständigkeit mancher englischen Industrien. Ueberhaupt ist ferner die englische Volkswirtschaft Schwankungen der Weltkonjunktur viel mehr ausgesetzt, als jene der kontinentalen Länder. Schließlich wird die Reservearmee ungelerner Arbeiter durch ungenügende sachliche Ausbildung der Jugend vergrößert, die allzu sehr den demoralisierenden Beschäftigungen des Straßenhandels (Zeitungsverkauf u. dergl.) zufließt. Alle diese Umstände haben bewirkt, daß England eine ziemlich große Zahl ungelerner Arbeiter hat, deren Beschäftigung nicht stetig ist, sondern durch Arbeitslosigkeit unterbrochen wird. Walter irrt jedoch, wenn er die sozialen Verhältnisse Deutschlands für günstiger hält, worauf wir noch zurückkommen.

Der gestellte Hirsch.

In Elbing hatten am Donnerstag, den 15. August, die Regierungssozialisten einen Fischzug geplant, und zu diesem Zwecke sich zu einer öffentlichen Volksversammlung den Landtagsabgeordneten Paul Hirsch aus Charlottenburg verschrieben. Aber schon auf dem Wege dahin stuchte der Hirsch, da er im D-Bus Berlin-Rönigsberg den Jäger witterte, der seinen Spuren folgte, um ihn zu stellen. Beide trafen in Elbing gerade zu der Zeit ein, als die Fabriklore die Scharen der ruheschwärzten Arbeiter ausplückte. Das vergnügte Schmunzeln der Arbeiter und das freundliche Grüßen derjenigen, die Adolph Hoffmann von früher in gutem Andenken hatten, ließ schon eine lebhaftere Treibjagd erwarten. Und richtig: um 1/8 Uhr war bereits der Saal des Volkshauses mit allen seinen Nebenräumen bis auf den letzten Platz besetzt. Kopf an Kopf drängte sich die Menge, sogar die Aushendächer der Nebengebäude waren dicht besetzt, und die Glücklichen, welche diese „hervorragenden“ Plätze besetzt hatten, lugten neugierig durch's Fenster. Lange zauderte der Abhängige Hirsch, ehe er mit dem Regierungssozialisten Hirsch auf der Bühne erschien. Inzwischen war der Leitung der Unabhängigen, dem Genossen Perschon, bereits zur Kenntnis gekommen, daß der dummschlaue Plan entstand, Hirsch solle bis gegen elf (Polizeistunde) die Lichtung abgrasen, und dann solle die Jagd — pardon — Versammlung für geschlossen erklärt werden. So glaubte man das Erlegen des Hirsch verhindern zu können. Genosse Perschon hintertrieb das saubere Pländchen, indem er bei der Eröffnung der Versammlung Bürowahl verlangte. Der Einberufer Hirsch erklärte klug, daß Hirsch habe die Garantie für Ruhe und Ordnung der Polizei gegenüber übernommen und gebe die Leitung nicht aus der Hand. Stürmische Unter-

brechungen und Zurufe war der erste Erfolg dieses Versagens hinter der Polizei. Genosse Adolph Hoffmann machte, nachdem alles gute Zureden seitens des Genossen Perschon ohne Erfolg blieb, darauf aufmerksam, daß die Polizei dazu kein Recht habe, Bürowahl zu verbieten, sie das aber auch sicher nicht getan habe, sondern der Einberufer suche damit nur eine Ausrede. Hoffmann machte nunmehr den Vorschlag, den Einberufer Hirsch und den Unabhängigen Perschon die Leitung der Versammlung gemeinschaftlich zu übertragen, und dem Referenten Hirsch, sowie einem Redner der Unabhängigen je eine Stunde Redezeit zu gewähren. Allseitige Zustimmung. Jetzt sprach Hirsch in seiner Seelenangst dreimal dagegen, und als die Versammelten seiner Ausrede: „einen solchen Antrag annehmen hieße die Demokratie mit Füßen treten“ mit stürmischem Gelächter beantworteten, und Schluß seiner Ausführungen und Abstimmung verlangten, verkroch sich der Einberufer Hirsch wieder hinter der Polizei und erklärte: Herr Hirsch habe seine Rede der Behörde einreichen müssen, das habe der zweite Redner, der jetzt erst in Erscheinung tritt, nicht getan. Ihn ließe die Polizei wahrscheinlich nicht zu und — hilfesuchend spähte Hirsch nach dem Kommissar und seinem Begleiter. Die Polizei war aber viel schlauer und kam ihm nicht zu Hilfe, sondern überließ es ihm, sich allein zu blamieren. Hirsch protestierte nun insofern selbst gegen die Ausführungen des Hirsch, daß er nicht die Rede, sondern nur das Gerippe derselben eingereicht habe. Jedenfalls hatte die Behörde daran sofort gesehen, daß kein Fleisch mehr darin war, und die Rede genehmigt. Da von der Behörde freie Aussprache zugelassen war, lag für die Ausführungen des Hirsch nicht der geringste Grund zu Bedenken gegen den zweiten Redner vor, sondern sie waren nur eine Bitte um Hilfe an die überwachenden Beamten, die sich aber verständigerweise von dem Hirsch nicht benutzen ließen. Adolph Hoffmann nagelte dieses Gebaren der Einberufer als: polizeilicher als die Polizei, gehörig an. Da Hirsch sich die Redezeit „nicht vorzuschreiben“ lassen wollte, der Einberufer Hirsch ihm das Wort erteilte, die über 2000 Besucher (Der Berichterstatter der Danz. N. N. gibt 2500 Besucher an) sich aber nicht nachführen lassen wollten und stürmisch Abstimmung über den von Genossen Perschon eingebrachten Antrag verlangten, schloß der Hirsch kurzerhand die Versammlung. „Raus, Verräter und Feiglinge!“ erscholl es stürmisch von allen Seiten, und nachdem die Versammelten unter Hochrufen auf die Internationale, auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und Hoffmann noch längere Zeit im Saale blieben, machte Genosse Perschon schließlich den Vorschlag, nach Hause zu gehen und den Redner mit seinem Einberufer allein zu lassen und aus den Vorgängen für die Zukunft die Konsequenzen zu ziehen. Und sie blieben buchstäblich allein. Die über 2000 Anwesenden verließen alle bis auf den letzten Mann und auf das letzte Weib den Saal. Den beiden leistete nur die Polizei und der Berichterstatter der Danziger neuesten Nachrichten noch Gesellschaft. Die ersteren wohl aus Pflichtgefühl, der letztere wohl zu seiner Information; denn der gute Mann berichtete dreist in seinem Blatt, daß etwa ein Viertel der Versammlung aus Unabhängigen bestanden hätte. Merkwürdig, daß die Dreiviertel mit hinausgegangen sind. Schließlich ging auch die Polizei und der informierte Federheld, und Herr Hirsch mit seinem Hirsch verschwand unter dem Schutze des Dunkels der Nacht im Gebüsch und „die Hirschaad“, meinten die Elbinger Arbeiter, „sei leider schon zu Ende. Hoffmann hätte ihn sicher kunstgerecht „ausgeweidet und zerlegt“. Und mit gutem Humor nahmen sie in ernster Zeit die Tragikomödie hin. Die letzten Mitglieder dürften nach diesem „anfänglichen Rückzug“ und „Lösung vom Feind“ den Regierungssozialisten durch die Pappeln gegangen sein. Und nun vergleiche man mit obigem Bericht die Dreifaktel des „Vorwärts“-Berichterstatters, der wohl Herr Hirsch selbst ist, den wohl nachträglich das Schamgefühl gepackt hat und nun versucht sich herauszureden, indem er die Wahrheit auf den Kopf stellt. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

Die Hirsche in Danzig und ihre Ehrlichkeit.

Ueber seine Ergebnisse in Danzig berichtet Hirsch im „Vorwärts“ seine 12 Zeilen, verschweigt aber hier nicht mehr denn alles. Denn noch schlimmer als in Elbing endete das Hirsch-Debut in Danzig. Konnte man in Elbing annehmen, daß das Nehlen jeder Kurage und das Verzweifeln an der eigenen Sache die Gründe der Handlungsweise der Regierungssozialisten waren, so trat in Danzig noch

¹⁾ Siehe auch die berühmte Broschüre „Lassachen“, die bekanntlich unter äußerst aktiver Unterstützung der Regierungssozialisten und Gewerkschaftsbürokraten zur Welt gekommen ist.

²⁾ Die neuere englische Sozialpolitik von S. A. Walter, in der Sammlung „Die Kultur des modernen England“, herausgegeben von Dr. E. Sieper, 1914. — Jedoch überschätzt Walter die Lage der deutschen Arbeiterklasse im Vergleich mit englischen Zuständen, da ihm jene wohl nicht genügend bekannt ist.

...daß sie nicht die Interessen der Masse, um ihre Sache zu retten, d. h. die Masse der Danziger Arbeiter ganz offensichtlich hintergehen wollten. Schwarz von Menschen waren Straßen und elektrische Bahnen, die nach dem Versammlungsort „Osbahn“ in Odra bei Danzig führten. Tausende pilgerten hinaus und füllten um 7 Uhr bereits den großen Saal in beängstigender Enge, und immer strömten neue Scharen herbei. Um 8 1/2 Uhr wurde endlich die Versammlung eröffnet, und die Genossin Frau Käte Leu beantragte, als der Einberufer Rahn, Hirsch ohne weiteres das Wort erteilen wollte, Bürowahl, und für den Referenten Hirsch sowie den ersten Diskussionsredner Adolf Hoffmann, je eine Stunde Redezeit. Nun wurde von den Regierungssozialisten dasselbe Theater wie in Elbing aufgeführt. Oberkommando, Kriegszustand, Polizei usw. duldeten keine Bürowahl. Er, Rahn, habe die Verantwortung, müsse aber für jede in das Büro gewählte Person die Verantwortung ablehnen. Ein Gewerkschaftsangehöriger von den Abhängigen erklärte sogar, daß jeder, der da oben Platz nehme, morgen vom Oberkommando in Strafe genommen wird. Aber auch das schreckte nicht ab. Genosse Adolf Hoffmann schlug vor, dem Einberufer Herrn Rahn die schwere Bürde der so energisch reklamierten Verantwortung zu lassen. Aber der Partitüt und der Sicherung der Redefreiheit wegen, die Genossin Käte Leu als Vorsitzende mit gleichen Rechten daneben setzen, und neben den abhängigen Parteiführer Gehl, den Unabhängigen Sommer als Schriftführer zu nehmen. Dagegen könnte keine Behörde, kein Oberkommando, keine Polizei etwas einzuwenden haben. Aber auch davon wollte Herr Rahn nichts wissen, obwohl Genosse Hoffmann versicherte, daß die Genossin Frau Leu und Genosse Sommer bereit sind, die vorher angebotenen Strafen auf sich zu nehmen. Rahn wollte wieder Hirsch das Wort erteilen, indem er ausführte, „freie Diskussion wäre der zweite Punkt der Tagesordnung, über den könnten wir nach dem Referat uns unterhalten, wir (Abhängigen) haben immer freie Diskussion zugestanden“. Ein Teil der gut- und leichtgläubigen war schon geneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen. Hoffmann warnte, da dahin, wie er Hirsch kenne, etwas launere, daß nur ein partiellisch zusammengesetztes Büro verhindern könne und verlangte nochmals Abstimmung über ein solches Büro und über die einstimmige Redezeit für Hirsch und Hoffmann. Als die Versammlung nun auf dieser Forderung bestand, nahmen die Herren Regierungssozialisten ihre Mäße ab und erklärten, das Ober-

kommando habe „die erst genehmigte Diskussion zurückgezogen“. Diese Mitteilung löste einen Sturm der Empörung und ein Hagelwetter von Plutrusen über die Hinterhältigkeit der Regierungssozialisten aus. Sie wollten also gelinde gesagt, die Versammlung bemogeln. Sie sollte erst den Regierungs- und Unlernsozialisten vom Oberkommando Gnaden ruhig anhören, unter dem ausdrücklichen Versprechen, daß dann auch der Genosse Hoffmann zu Worte käme. Um dann aber in dieser Annahme betrogen zu werden durch die zurückgehaltene Mitteilung, daß das Oberkommando diese Diskussion nachträglich verboten habe. Eine Unehrlichkeit, die alles Dagewesene übersteigt. Und als nun gar Herr Rahn noch verkündete, Herr Hirsch habe zweimal das Konzept seiner Rede einreichen müssen, war die Geduld der Zuhörer zu Ende. Was sollte ihnen wohl eine Rede von dem lendenlahmen Hirsch, die das Oberkommando zweimal geschickt hatte. Auf solche Rede wollten sie gern verzichten. Genossin Käte Leu erklärte, darf Genosse Hoffmann nicht reden, wollen wir Hirsch auch nicht hören. Die erste Pflicht der Sozialdemokratie sei Solidarität. Noch einmal versuchte Rahn, Hirsch das Wort zu erteilen. Der Versuch wurde von der Masse beantwortet mit Rufen wie: „Nieder mit den Verrätern der Arbeiterfrage!“ „Halte die Rede doch dem Oberkommando!“ und ähnliche Zwischenrufe ertönten. Und als gar der abhängige Sekretär Gehl noch in seiner provokatorischen Art das Wort zur Geschäftsordnung nahm, um sich von Käte Leus Behauptung: „er selbst sei schon ein Herz und eine Seele mit der Vaterlandspartei“ rein zu waschen, obwohl dem Herrn in einem offenen Brief in einer Danziger bürgerlichen Zeitung seitens eines Redners der Vaterlandspartei dieses beklagt worden ist, war die letzte Geduld der Versammelten dahin und Herr Rahn schloß die Versammlung. Der Hirsch war abermals gesteuert, aber hatte sich abermals vor dem Schuß in Sicherheit gebracht. Schließlich verließen nach Absingen sozialistischer Lieder, wie „Wer schafft das Gold zu Tage“ und „Sozialistenmarsch“ die Anwesenden den Saal. Rufe wie „Nieder mit den Verrätern!“ und Hochrufe auf die internationale Sozialdemokratie ertönten immer wieder aus der Masse heraus. Eine Reihe Anwesender zerriß ihre abhängigen Mitgliedsbücher und ließ sich in die U. S. V. aufnehmen. Nun möge der „Vorwärts“ ruhig weiter Rätsel raten, wer den Vorteil von dieser „ehelichen Laktat“ der Regierungssozialisten haben wird. Die unabhängige Partei kann mit solchem Sich-selbst-anden-Prangerstellen dieser mutigen Herren sehr zufrieden sein.

Aus der Bewegung der Abhängigen.
Referate. Herr Ernst Heilmann, der Leiter der J. K., hat wieder eine Reise nach Litauen gemacht und in seinem Organ seine Reiseindrücke geschildert. Zur Charakteristik der Anschauungen dieser Gattung Sozialdemokraten mögen zwei Stellen aus seiner Beschreibung dienen:
„Die Litauer stellen sich natürlich vor, daß nach der Königswahl der Druck der deutschen Militärverwaltung leichter werden würde. Und dieser ist in der Tat hart. Litauen kann uns nicht viel liefern, zumal die Russen bei ihrem Abzug 40 Prozent des Viehes und vieles andere haben mitgehen lassen. Aber trotzdem trägt jedes litauische Dorf bedeutende Zwangsleistungen — allein 58 Millionen Eier sind im letzten Jahre aus Litauen herausgeschafft worden, ohne das, was die Deutschen dort verschleppen und paletweise verschleppen. Die deutsche Politik in Litauen, welche die Litauer gewinnen möchte, scheitert einfach daran, daß man den Bauern vielfach die letzte Kuh nimmt, nehmen muß — aber begreiflicherweise liebt dieser Bauer Deutschland nicht. . . . Reiche Anerkennung wäre auch zu spenden den gegenwärtigen Leitern der politischen Abteilungen (Ministerien des Innern) in Romno und Wilna, Hauptmann v. G. und Hauptmann K.“
Neder die Kriegspolitik schreibt die J. K. in ihrer Nummer vom 9. August in einem Artikel: „Kommt der Friede näher?“ folgende Schlussbetrachtung:
„Wir haben keinen Grund, den Kopf hängen zu lassen. Wir haben kritischere und viel schwerere Zeiten durchgemacht, etwa als die Russen vor Lemberg und die Engländer vor Konstantinopel standen. Hindenburg und Ludendorff haben hundertmal bewiesen, daß sie Feldherren von vielen Ressourcen sind, die immer noch die Lage zum Erfolg zu wenden wissen. Aber über eines müssen wir uns klar sein: der Weg zum Frieden geht heute wie vor vier Jahren nur über deutsche Siege. Jede deutsche Schlappe ist ein Triumph der fanatischen Kriegstreiber, die seit Kriegsbeginn in den Ententestaaten die Regierung innehaben. Es gibt keine falschere Anschauung als die, daß nur das viele deutsche Siegen die stolzen Feinde davon abhalte, in einen ehrenvollen Vergleichsfrieden zu willigen. Ein Narr, welcher glaubt, daß wir durch Entente siege jemals dem Verständigungsfrieden näher kommen.“
In der „Glocke“ vom 17. August stellt Herr Saenger-München in einem „Videant consules“ überschriebenen Artikel sich und den „Glocke“-Lesern folgendes Zeugnis aus:
„In den Veröffentlichungen dieser sozialdemokratischen Wochenchrift ist wahrlich dem Reiche gegeben worden, was dem Reiche gehört, nicht aus irgendeinem gescheiterten Zweckgedanken, einer klugen Berechnung heraus, sondern aus einem reinen, selbstlosen Gefühl hingebender Liebe zum deutschen Vaterlande. Wir haben uns bekannt und bekennen uns zu ihm, weil deutsche Erde unsere Mutter ward und deutsche Eichen die Eichen unserer Heimat sind, weil deutsche Kultur, Gesittung und Befähigung und als ein heiliges Volksgut danken, das wir ver-

Der Marxismus in Rußland.

Von A. Martynow.*)

I.
Der russische Marxismus ist in seiner Genese verbunden mit der alten Strömung des russischen Gesellschaftslebens — der Bewegung der „Westler“, ebenso wie die Bewegung der revolutionären „Radnik“ (Vollstümmler) verbunden ist mit dem alten Slavophilentum, und das heutige Kampft innerhalb des russischen Marxismus selbst — der Kampf zwischen Menschewitsch und Bolschewitsch — ist auch nur eine neue Variation dieses alten Streites. Es ist der Kampf zwischen dem westeuropäischen Marxismus, den russischen Bedingungen angepaßt, und seiner originellen, echt russischen Verzerrung.
Der eine Weg führte über Perzen, der nach der Niederlage der Revolution von 1848 in dem „faulen Westen“ enttäuscht war und sich infolgedessen einige wesentliche Züge des Slavophilentums angeeignet hatte; über den Apostel der Anarchie „Bakunin“, der an die revolutionäre Weltmission des Slaventums glaubte; über die revolutionären „Ra-

rodnik“, „Narodowolzy“*) und legalen „Vollstümmler“ der sechziger und achtziger Jahre zu den heutigen „Sozialrevolutionären“ und, auf Umwegen, zu den Bolschewitsch. Der andere Weg ging vom glühenden „Westler“ Bjeleinski, über die „Beherrschten der Geister“ der sechziger Jahre Tschernyschewski und Dobroljubow zu Plechanow (der alten Marke), Kretow und die Menschewitsch.
Der erste Vorläufer des russischen Marxismus war der hervorragende geistige Führer der revolutionären Demokraten der sechziger Jahre — Nikolai Gawrilowitsch Tschernyschewski, der Marx-Schriften nicht einmal gelesen hatte, den aber Marx, der mit Lobspärchen nicht gerade freigebig war, den „großen russischen Gelehrten“ nannte.
Tschernyschewski war nach den Worten B. Nikolajew (eines Anhängers von Katalojow) jener große historische Grenzpfahl, der das neue Rußland von dem alten hörigen Rußland trennte, — und es war kein Zufall, daß dieser Grenzpfahl auch als Wegweiser diente zum proletarischen wissenschaftlichen Sozialismus Marxens. Die Aufhebung der Leibeigenschaft, die den russischen Sumpf bis in seine Tiefen auführte, bewirkte einerseits ein Aufblühen des Liberalismus und führte andererseits zur Erweckung des Bewußtseins und der revolutionären Begeisterung bei einer neuen sozialen Schicht, der halbproletarischen demokratischen Intelligenz. Zwischen diesen beiden miteinander konkurrierenden Lagern der Intelligenz entbrannte ein geistiger Kampf, und dank der verchiedenen sozialen Natur dieser beiden Lager verwandelte sich ihr Kampf gleichsam in einen Vorläufer der herausgehenden Kämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie.
Der Demokrat Tschernyschewski, der einen rein proletarischen Wissensdurst besaß, hegte eine ungeheure Hochachtung vor der westeuropäischen Wissenschaft und der höheren Kultur der westeuropäischen Wirtschaftsverfassung und er stellte sich die zukünftige Gesellschaft nicht anders vor, als aufgebaut auf dem Boden dieser hohen Kultur. Schon aus diesem Grunde war er ein „Westler“ und verhielt sich geringschätzig zu dem Slavophilentum, von dessen Standpunkt, wie er sich ausdrückte, „jeder Dreck, der von uns kommt, ansehnlicher ist wertvoll sei für die Belebung des sterbenden Europas“. Als Demokrat, als Abkömmling der untersten Schichten, sangte Tschernyschewski gierig den materialistischen Geist der Feuerbachschen Philosophie ein, die ihm ebenso wie Marx als Lehrmeisterin diente, und ausgerüstet mit den Waffen dieser Philosophie enthielt er als erster in Rußland die materialistische Grundlage der Arbeit, stellte er als erster die große historische Bedeutung des Realismus der

„Bogosschen Periode“ der russischen Literatur fest, deckte er die materialistische Grundlage der schongeäußerten Anschauungen des russischen Liberalismus auf, zerstörte er die sentimentalen Vorstellungen vom Volke, wies er das Bestehen eines tiefen Klassengegengesetzes in der heutigen Gesellschaft — „eines Gegen-satzes der Interessen von Profit, Rente und Arbeits-lohn“ — auf usw. Aufgewachsen in dem Milieu der halbproletarischen Intelligenz, war Tschernyschewski tief durchdrungen von den Idealen Fourier's und Owens, deren Schriften er kennen lernte. In seinem berühmten Roman „Was tun?“ schilderte er bei der Wiedergabe des Traumes der Wera Pawlowna mit flammender Begeisterung das Bild der künftigen sozialistischen Ordnung und in seinem kritischen Äußerungen zur politischen Oekonomie John Stuart Mills wies er die wirtschaftlichen Vorteile einer solchen Ordnung nach. Auch mit der Lösung der Frauenfrage vom Standpunkt des Sozialismus, vom Standpunkt der Befreiung der jahrbundertalten sozialen Leiden der Frau quälte er sich sein Lebenlang ab. Aber Tschernyschewski war nicht bloß Sozialist, er war revolutionärer Sozialist. Er erklärte, daß jene Perioden, in denen „Routine“ und halbe Reformen triumphierten, früher oder später unvermeidlich abgelöst werden von Revolutionen, in denen die Massen des „einfachen Volkes“ plötzlich aus ihrem politischen Nichtsein erwachen und sich den Programmen der „extremen Parteien“ gegenüber empfänglich erweisen.

*) Unsere Leser wissen, daß wir seit den Novembertagen 1917 den Standpunkt vertreten haben, daß es Pflicht aller internationalen Sozialisten sei, die Partei der russischen Bolschewitsch in ihrem Kampf für Frieden und Sozialismus zu unterstützen. Heute halten wir diese Unterstützung für nötiger denn je, und wir tun alles, was in unseren Kräften steht, dieser Pflicht nachzukommen. Den deutschen Arbeitern fällt es aber sehr schwer, sich in dem vielstimmigen und leidenschaftlichen Meinungsstreite der sozialistischen Parteien Rußlands zurechtzufinden. Um ihnen einigermaßen ein Urteil zu ermöglichen, geben wir in der vorliegenden Artikelserie einem Theoretiker der Menschewitsch das Wort, der die historische Entwicklung des Marxismus und der grundsätzlichen Auffassung der beiden feindlichen Bruderparteien in Rußland vom Standpunkt seiner Partei aus beleuchtet. Wir erklären ausdrücklich, daß die in seinem letzten Artikel vertretene Auffassung nicht die unsere ist.
Genosse A. Martynow steht seit Jahrzehnten in der russischen revolutionären Bewegung. Im letzten Jahrzehnt gehörte er neben B. Kretow und E. Martow zu den Führern der Menschewitsch-Partei und zwar steht er gleich Martow auf deren linken Flügel. Die vorliegenden Artikel sind der Nr. 3-4 des „Nabotschij International“, der wissenschaftlichen Zeitschrift der menschewitschischen Partei entnommen.

*) Mitglieder der revolutionär-terroristischen Partei „Narodnaja Wolja“ (Vollstümmler).

Soweit kam Tschernyschewski dem Marxismus nahe. Er blieb aber in seiner Entwicklung zum Marxismus auf halbem Wege stehen. Sein Materialismus, wie überhaupt der vormarxistische Materialismus, litt an Vermissteilei; die Erkenntnis, daß die Handlungen der Menschen von ihren Interessen bedingt werden, sagte er in dem Sinne aus, daß jeder menschlichen Handlung eine egoistische Berechnung zugrunde liege, und nicht in dem Sinne, daß diese Handlungen diktiert werden von einem unbewußten Klassen- oder überhaupt sozialen Egoismus, der durchaus vereinbarlich ist mit dem gewaltigsten Aufschwung einer hemmungslosen uneigennütigen Selbstauspferung. In seinen historischen Schriften fiel Tschernyschewski auf Schritt und Tritt auf den idealistischen Standpunkt zurück, indem er behauptete, daß die Haupttriebkraft der Geschichte in der Entwicklung der Wissenschaft und in dem Wirken der „vorgeschnittenen Männer“ liege. In seinen sozialistischen Anschauungen blieb er Utopist; indem er die bürgerlich-kapitalistische Ordnung kritisierte, versuchte er nicht, ihre Gegensätze aufzudecken, die nach ihrer inneren Logik die gegenwärtige Gesellschaft zum Sozialismus treiben, sondern er stellte ihr lediglich eine ideale sozialistische Gesellschaft gegenüber, aufgebaut auf dem

leidigen mit dem Blute unseres Herzens gegen das Wort der Verdächtigung, wie gegen den Waffenangriff. Und wir haben diese heilige Liebe zur Heimat laut vor aller Welt bekundet und tun es heute wie in den Augusttagen des unglückseligen Jahres, damit die Welt erfährt, daß wir im Kampfe um des Vaterlandes Unversehrtheit ein einzig Volk von Brüdern sind, und damit so das Reich bestehen kann. Dank diesem unseren Bekenntnis haben wir gegen die rasende Koalition der Welt uns gehalten, haben gefestigt, ging der feindliche Vernichtungsplan in Stücke. Die Massen haben das Vaterland gerettet — bis heute. Aber morgen bricht wieder ein Tag an, fürmlicher vielleicht schlagen die Wogen des Verderbens wider die Mauern der Verteidigung, noch schwerere Opfer werden verlangt, noch größer muß die Hingabe an die Nation sein, noch gewaltiger stürmt sich die Schlacht, noch mehr gilt es, alles, das Rechte, das Allerrechte, für das heutige Leben und die deutsche Zukunft herzugeben. Wer weiß alles, was uns bevorsteht? Es ruht noch gar viel im Dunkel einer kommenden Zeit. Und abermals werden wir dann das Bekenntnis zum Vaterlande ablegen, daß die drängen in den Gräben die Kraft des Lebens und der Todesstunde aus der Einigkeit des Volkes empfangen. Wir waren und wir sind uns der Verantwortung bewußt, die daraus entspringt, daß an der Front und in der Heimat unsere Hingabe an das deutsche Vaterland die Voraussetzung des endlichen Erfolges ist. In diesem Ringen der Weltvölker wird der Endsieg nicht „besoffen“; es hält sich bis zuletzt, wer mit reiner Überzeugung hinausgezogen ist und sie behält.“

Sozialdemokratische Kriegsliteratur. In den „Düsseldorfer Nachrichten“ veröffentlicht Dr. Hasenogen, ein altdemokratischer Professor an der Universität Bonn, einen Aufsatz über sozialdemokratische Kriegsliteratur. Er glaubt die „oft recht schwerfälligen bürgerlichen Kreise“ schon aus dem Grunde auf diese Literatur hinweisen zu müssen, weil sie „in die heute voneinander bereits außerordentlich weit abweichenden Richtungen der einstmalig geschlossenen Partei einen trefflichen Eindruck gewährt.“

Es versteht sich, daß der altdemokratische Kathedermann von den publizistischen Leistungen auf unabhängiger Seite nicht viel hält. Sie machen ihm einen zu „unerkennlichen friedensmäßigen Eindruck“. Das gilt sowohl von dem „alten Kantku“, wie von dem noch „älteren Eduard Bernstein“. An der Schrift Kantkus über Belgien und Serbien hat er besonders zu tadeln, daß sie „von den Völkern des Pazifismus befeuert“ ist.

Besser gefallen ihm schon die Leistungen von Heine und David. Als die „bemerkenswerten Gruppen“ erschienen ihm Leusch, Hänisch und Schippel. Er sieht in ihnen Sozialdemokraten mit tieferem Verständnis nicht nur für äußere Politik, sondern auch für Machtpolitik und Imperialismus“. Und er findet es besonders interessant, daß das Verständnis für machtpolitische Notwendigkeiten bei diesen imperialistisch angehauchten Sozialisten so weit geht, daß es den bürgerlichen Demokraten bereits auf die Nerven fällt.“

Voben einer „gesunden Theorie“. Dementsprechend war er nie imstande, seinen Sozialismus mit dem politischen Kampf in Einklang zu bringen, vielmehr verhielt er sich zu dem letzteren mit großer Geringschätzung.

Tschernyschewski, der dieselben französischen Historiker, dieselben deutschen Philosophen, dieselben englischen Nationalökonomien studiert hatte wie der junge Marx, war nicht zufällig, nicht infolge seiner geistigen Unfähigkeit auf dem halben Wege zum Marxismus stehen geblieben. In dieser Tatsache kam lediglich die äußerste Rücksichtslosigkeit des damaligen Rußland zum Ausdruck, das in den sechziger Jahren fast durchweg ein Bauerntum war, das die Periode der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation und der allmählichen Verdrängung der Naturalwirtschaft durch die Geldwirtschaft durchmachte und das noch dreißig Jahre brauchte, um die russische Intelligenz von der Unvermeidlichkeit der kapitalistischen Entwicklung Rußlands zu überzeugen.

Das System der Hörigkeit fiel in Rußland dank seiner inneren Fäulnis, die beim Zusammenstoß Rußlands mit dem Westen im Krimkrieg zutage getreten war; aber gesellschaftliche Kräfte für eine Revolution waren zur Zeit Tschernyschewskis im Lande nicht vorhanden, denn die revolutionären Demokraten der sechziger Jahre, dieses „denkende Proletariat“, wie man sie damals nannte, hatten noch keinen Stützpunkt in einem wirklichen industriellen Proletariat.

Darum machte die sozialistische Bewegung der nachfolgenden Generation der sechziger Jahre, von dem Augenblick an, wo sie über den Kreis der halbproletarischen Intellektuellen hinausging und ihre Propaganda ins „Volk“ trug, mit dem damals nur die Bauernschaft identifiziert wurde, in ideeller Hinsicht einen großen Schritt zurück im Vergleich mit Tschernyschewski. Jener Sozialismus, der entsprechend der Psychologie des angeblich sozialistischen Bauerntums des russischen „Volk“ (Dorfgemeinde) umgedeutelt worden war, hatte schon völlig alle Elemente des Marxismus eingebüßt und die Form eines häuerlichen, putschistischen Anarchismus angenommen. Erst nachdem das „Hinausgehen ins Volk“ im Rahmen der häuerlichen sozialen Revolution in der Praxis bankrott gemacht und der aus dieser Bewegung spontan hervorgegangene terroristische Zweikampf der „Korobowolzen“ mit der zarischen Selbstherrlichkeit gleichfalls zu keinen positiven politischen Ergebnissen geführt hatte, wurde das von Tschernyschewski begonnene Werk von Plechanow zu Ende geführt.

Anfang der achtziger Jahre schuf G. B. Plechanow endlich die theoretische Grundlage für den eigentlichen Marxismus in Rußland, als die einzige sozialistische Lehre, die fähig war, die russische revolutionäre Bewegung aus der Sackgasse herauszuführen.

Der Bund für Freiheit und Vaterland steht in seiner Korrespondenz gegen die unabhängige Sozialdemokratie vom Leder. In einer Notiz rühmt er die lebhafteste Anteilnahme, die die freien Gewerkschaften für diesen Bund an den Tag legen. Es heißt da:

Der Beschluß der Generalkommission, dem Volksbund beizutreten, ist von einem kleinen Teil der Gewerkschaftsmitglieder, die der Unabhängigen Sozialdemokratie angehören, lebhaft angegriffen worden. Es war ihnen dabei aber weniger um grundsätzliche Wegweisung gegen den Volksbund zu tun, als vielmehr um die willkommenen Gelegenheit, den verhassten Gewerkschaftsführern ein auszuweichen. Es zeigt sich sehr aber immer mehr, daß die große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder durch aus Verständnis dafür hat, daß gerade im Interesse der Arbeiterschaft eine möglichst breite Kreise umfassende Kampffront für den Frieden der Verständigung und für freiheitliche innerpolitische Reformen, insbesondere für den Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen, gebildet werden muß. In einer großen Zahl von Städten haben daher die freien Gewerkschaften bereits beschlossen, sich an der örtlichen Tätigkeit des Volksbundes zu beteiligen, resp. den gegründeten Ortsgruppen beizutreten. Es sei hier von größeren Orten aus der letzten Zeit nur genannt: München, Breslau, Danzig, Darmstadt, Posen, Weimar, Göttingen, Oberhausen (Rheinland), Herxheim-Dorfen i. W. So darf man erwarten, daß die wahrhaft volkstümliche Bewegung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland ihren Einfluß in unserem Volke immer mehr geltend machen wird.“

Befagter Bund zeigt sich in letzter Zeit sehr rührig. So hat er eine Kundgebung erlassen, aus der wir folgende Stellen wiedergeben:

„Stärker als je offenbart sich der Vernichtungswille der leitenden Staatsmänner unserer Feinde gegen Deutschland. Sie bestehen nicht nur auf der völligen Zertrümmerung unserer Waffenmacht, sie beharren auch auf ihren Plänen, dem deutschen Volke einen schmerzlichen Frieden aufzuzwingen und es durch Abschneiden der Rohstoffe und Fernhaltung vom Weltverkehr in wirtschaftliche Ohnmacht zu drücken. . . . Die Waffen müssen sprechen, weil die Feinde es wollen.“

Wie wenig den herrschenden Gewalten diese Art Freiheitsbund gefährlich erscheint, geht aus der Tatsache hervor, daß sein Vorsitzender, Professor G. Franke, dieser Tage mit dem Eisernen Kreuz am weißen Bande“ ausgezeichnet worden ist.

Bemerkt sei noch, daß als Sekretär des Volksbundes ein Herr Franz Krüger zeichnet. Herr Krüger ist zweiter Vorsitzender der abhängigen Sozialdemokraten in Groß-Berlin und Vorsitzender des Verbandes der Büroangestellten. Daß er als nunmehriger Sekretär des Volksbundes die Politik der Generalkommission ins hellste Licht zu rücken sucht, ist begreiflich.

Aus der Bewegung.

„Was wird mit dem Wahlrecht?“ So lautete das Thema einer öffentlichen Volksversammlung, die am Montag, den 19. d. Mts., in L u c k e n w a l d e stattfand. Als Referent war der Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann erschienen. Es war die erste öffentliche Volksversammlung, die von der unabhängigen Sozialdemokratie einberufen wurde, sie nahm einen prächtigen Verlauf. Die über 400 Besucher lauschten den martigen Worten des Referenten mit gespannter Aufmerksamkeit, allseitiger Zustimmung und Beifall. Besonders bei den Stellen, wo er die kraft- und faulose Haltung der Linken des Abgeordnetenhauses und der Regierungsozialisten kennzeichnete und zeigte, daß die Schuld an der Verlängerung des Krieges und der Verweigerung des elementarsten Rechtes eines Volkes, wie es das Wahlrecht ist, nicht zum kleinen Teil auch die Unlernfähigkeit der Abgeordneten trifft. In der Diskussion getraute sich zuerst niemand von den Regierungsozialisten heraus. Man hatte wohl auf den großen Otto (Wels) gerechnet, der weiß aber zu gut, daß weit vom Schuß es alte Soldaten gibt. Schließlich mußte Parteisekretär Sailer doch das Geschworen werden und, um mit unserem unvergleichlichen Paul Singer zu reden, „ein paar Worte dazu sagen“. Es wurde ihm recht sauer seiner Einseitigkeit und Andererseits-Politik, seiner Einbildung „meine Herren, immer hinein in den großen Sumpf“ an den Mann zu bringen. In einem eigentlichen Angriff, ja nicht einmal zu einer Verteidigung seiner Protuberanzen konnte er sich auftragen, sondern schwenkte recht schnell, getreu seinem Vorbild Otto Braun, auf das dankbare Gebiet der Volksernährung ab, denn da kann man sich mit Erlaubnis der treuen bürgerlichen Verbündeten herzlich satt schimpfen und radikal gebärden. Und das muß man ihm lassen, er hat seinen Herrn und Meister vom B. V. vollständig im Auge, und wie er sich räuspert und wie er spuckt, das hat er sich glänzend abgequert“. Aber die radikalen Ernährungsgebärden machen auf die Masse, die mit jedem Jahr des Krieges mehr haben hungern müssen, keinen Eindruck mehr, und so stellte Herr Sailer, früher als man an ihm gewöhnt ist, als er merkte, daß er niemandem warm mit machte, seinen Betrieb ein. Hoffmann führte im Schlusswort die Verammlung wieder zu dem eigentlichen Thema, das Wahlrecht, zurück und zeigte, wie gerade die Haltung der Regierungsozialisten es wahre gebracht hat, daß weder Regierung noch herrschende Klassen, von den Junkern gar nicht zu reden, sich der Volksrechte wegen in Unkosten stürzen, und daß Volksrechte zu schaffen und Katastrophen, wie dieser Weltkrieg, zu verhindern, nur eine internationale grundsätzliche und klassenbewusste Sozialdemokratie in der Lage ist. Wer da mithelfen will, wer seine Kinder in der Wiege vor einem ähnlichen grausamen Schicksal, wie wir es jetzt durchleben, bewahren will, muß sich der unabhängigen

Sozialdemokratie anschließen, um ein weiteres und stürmischer Widerstand leistendes Proletariat zu schaffen. Stürmischer Beifall lobte den Redner und zeigte, daß die unabhängige Sozialdemokratie Ludenwaldes mit ihrem ersten Schritt in die Öffentlichkeit voll und ganz zufrieden sein kann.

Aus Stettin wird uns geschrieben:

Am 9. August hatten die abhängigen Parteivereine von Stettin und Randow-Greifenhagen in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftslokall von Groß-Stettin eine Mitgliederversammlung einberufen, in der der Scheinsozialist und Landtagsabgeordnete Hänisch über das Thema „Das neue Preußen der Zukunft“ sprach. Wer da glaubte, mit einem großzügigen Programm über die Neugestaltung Preußens befaßt zu werden, hatte sich getäuscht. Redner wies weiter zunächst gegen den wieder aufzustehenden Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und gegen den neugegründeten Bund der Kaiserirenen; auch die Vaterlandspartei bekam ihr Teil. Die Kapitalisten blieben ebenfalls nicht ungeschoren und urtümlich wirkte es, als Hänisch zum Klassenkampf aufrief und Seitenhiebe nach den Unabhängigen ausließ. Schließlich forderte der Redner zur Einigkeit auf. Sodann kam die preussische Wahlreform an die Reihe, indem der Referent das Schicksal der Wahlrechtsvorlage näher schilderte und nur dasselbe sagte, was schon sein Fraktionsgenosse Girsch vor einigen Monaten vorgebracht hatte. Zum Schluß trat Hänisch nochmals für die heilige Einigkeit ein und bat die Unabhängigen scheinlich, von ihrem bösen Tun abzulassen. Im großen und ganzen war der Vortrag nur eine billige Agitationsmache.

Die Versammlung war gut besucht. Unsere Genossen waren stark vertreten. Von Zwischenrufen lebhaft unterbrochen, merkte Hänisch bald, daß auch in Stettin eine starke Opposition ist, die sich nicht durch das Wortgedröhne der Regierungsozialisten blenden läßt. In der Diskussion sprachen unsere Genossen und forderten zum Klassenkampf auf; aber von einem „Hänischschen Klassenkampf“ wollten sie nichts wissen. Die Versammlung nahm einen für uns günstigen Verlauf und gab die Erbitterung der Arbeiter über die Scheidemännische Politik kund und so hatten die Abhängigen die Aufnahmescheine für den Wahlverein vergebens verteilt.

In einem langen Versammlungsbericht bezieht der hiesige „Volksbote“ unsere Genossin Gessle, die in der Diskussion gesprochen, der Demagogie, indem er die Ausführungen unserer Rednerin über die Schreibweise des „Volksb.“ wörtlich annimmt und sagt: Die Rednerin führte dann aus, im „Volksb.“ habe gestanden, wir wollen die Leute nicht mehr haben, die Opposition machen, wir wollen Harmonie haben. Wenn wir das gleiche Wahlrecht bekommen, so ist der Krieg die Millionen Opfer wert. Dann heißt es weiter: „Genosse Herbert erklärt, daß das, was Fr. Gessle als Inhalt aus dem „Volksb.“ angeführt habe, in diesem nie gestanden habe. Das seien die Methoden des Reichslügenverbandes.“

Genossin Gessle sandte dem „Volksb.“ eine Berichtigung, in der sie ihre Behauptungen dem Sinne nach aufrecht hält und bezog sich auf einen Artikel des „Volksb.“ vom 13. Juli 1917, der die sogenannte Jullibotschaft behandelte. Das hiesige Abhängigenorgan hat nun nichts eiligeres zu tun, als den Artikel nochmals vollständig abzudrucken, um den Gedankengang des Artikelschreibers richtig erfassen zu können, wie das Blatt sagt. Hier benutzt der Reichstagsabgeordnete a. D. Herbert, dem jetzt in Vertretung des abwesenden politischen Leiters die Redaktion in die Hand gegeben worden ist, seinen sehr weit nach rechts gehenden revisionistischen Standpunkt — im Gegensatz zu der bisherigen Redaktion — zu vertreten. Herbert hätte besser getan, den Jubelartikel, den er „Eine bestreitende Tat“ betitelt, nicht zum Abdruck zu bringen. Der unverbesserte Optimist sieht den Himmel voller Geigen hängen und glaubt wahrhaftig schon das gleiche Wahlrecht in der Tasche zu haben. So wird ausgeführt: „Wir sind der Meinung, sie (die konservative Partei) wird sich, wenn auch widerstrebend, mit der neuen Wendung abfinden; im preussischen Landtage wird sich sehr auch eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht finden.“

Die Stelle, auf die sich Genossin Gessle bezog, wollen wir hier anführen: Ein jubelnder Auffreier wird die Herzen des Volkes durchglühen, ein beschönigender Hauch über die Leiden, die der Krieg notwendigerweise mit sich bringt, gebläht werden. Darüber sind sich alle unsere Freunde klar, ohne den Krieg wäre das gleiche Wahlrecht in Preußen noch lange nicht erreicht worden. Ein solcher Sieges- und Friedenspreis ist der Opfer würdig.“ Auch hier wieder unverständliche Hoffungslosigkeit! Welchen Erfolg hat doch der alles vernichtende Krieg den preussischen „Untertanen“ gebracht? Die Stettiner oppositionelle Arbeiterschaft wird das schätzbare Nachwort des unentwegten Durchhalters nicht anders bezeichnen können als eine Höchstleistung politischer Unehrlichkeit.

Regierungsozialist Cohen-Reuß abgefäht. Eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Reuß a. L. (U. S. P. D.) tagte kürzlich in Greiz. Anwesend waren außer dem Hauptvorstand 22 Delegierte, ferner zwei Vertreter der Presse, der Reichstagsabgeordnete Bod-Gotha und die Genossen Leven und Weiterlein-Gera. Den Vorstandsbericht erstattete Genosse Dillner. Danach hatte der Verein 1378 Mitglieder, von denen der größte Teil im Felde ist. Dessenfalls Verammlungen konnte die Partei nicht veranstalten. Die Agitation war fast gänzlich lahmgelegt. Die Einnahmen betragen 2133 Mk., die Ausgaben 1854 Mk. Beschlossen wurde, den Vereinsbeitrag auf monatlich 50 Pf. zu erhöhen.

Bezüglich der Presse wurde darauf verwiesen, daß infolge der tariflichen Erhöhung der Fertigungszulagen und der Papier- und sonstigen Materialerhöhungen eine weitere Erhöhung der Druckpreise um 25 Prozent eintreten müsse. Die Reduktion der Erhöhung der

kommissionen mit Sachverständigen unter der Leitung der Reichskommission überwiegen. Ueber den Punkt der Tagesordnung: „Reichstagskandidatur eventuell Aufstellung eines Kandidaten“ referierte Genosse Drechsler-Zeulenroda. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, wonach der jetzige Reichstagsabgeordnete Cohen nicht mehr als Vertreter betrachtet wird. Die weitere Behandlung der Kandidatenfrage soll der Hauptvorstand im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der Ortsverwaltungen vornehmen. Der vorgesehene Vortrag über die Landtagsverhandlungen wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit vertagt.

Die Kampfesweise der Abhängigen wird durch eine Notiz beleuchtet, die wir in der „Märkischen Volksstimme“, in der Nummer vom 23. Juli finden. Ein Tischler war wegen verschiedener Eigentumsvergehen angeklagt. Er war beschuldigt, nachts in die Konsumgenossenschaft eingedrungen zu sein und dort in Gemeinschaft mit einem anderen Arbeiter Lebensmittel mitgenommen zu haben. Vorher soll er auch noch an anderen Stellen die gleichen Vergehen begangen haben. Das Gericht verhängte schwere Strafen. Die „Märkische Volksstimme“ hat nun den Geschwornen im Anschlag an den Gerichtsbericht zu schreiben, daß der Verurteilte J. zu den Unabhängigen gehörte, daß er in den Versammlungen radikale Reden führte und nichts unversucht gelassen habe, die notwendige Einigkeit der Arbeiterschaft zu zerstören. Jedermann weiß, wie durch den Krieg und die große Not das Mein und Dein oft verwechselt wird. Was den J. zu seinem Tun veranlaßt hat, wissen wir nicht, aber die Gründe muß man kennen, um die Tat beurteilen zu können. Die politische Tätigkeit des J. hat sich darauf beschränkt, daß er in einer Versammlung dem Abgeordneten des Kreises, Herrn Siebel, entgegengetreten ist und von den annexionsistischen Tendenzen des Herrn Hantsch gesprochen hat. Sonst ist J. in Versammlungen nicht gesehen worden. Was uns aber über verschiedene Größen der Mehrheitssozialisten in Spremberg berichtet wird, ist derart, daß die Verhältnisse alle Ursache hätten, sehr hübsch ruhig zu sein, da sie im Glashaus sitzen. Mit demselben Rechte, wie man unsere Partei für die Taten eines Anhängers verantwortlich machen will, könnte man die gewerkschaftliche Organisation heranziehen, denn J. gehörte dem Holzarbeiterverbande an. Aber es lohnt nicht, weiter auf das Geschwätz einzugehen, das nur blinder Haß diktiert hat.

In Lahr (Baden) hat der Führer der Regierungsozialisten, Stadtrat Richter, das Kriegsverdienstkreuz erhalten. Die dortige Arbeiterschaft kann sich diese Auszeichnung nur aus dem besonderen Verdienst erklären, daß Richter in der Volkswacht die gefährlichsten Artikel gegen die Unabhängige Sozialdemokratie veröffentlicht, und gerühmt hat, daß der Führer Verein der Abhängigen Sozialisten heute eine größere Mitgliedschaft zählt als vor dem Kriege. Herr Richter ist nämlich Stadtrat und Beamter des städtischen Arbeitsnachweises.

Magdeburg. Die Mitglieder des Kreises W a n z l e b e n kamen am Sonntag, den 11. August, zusammen, um zur Gründung einer Wahlkreisorganisation und zur Schaffung eines Statuts Stellung zu nehmen. Unter dem Namen „Wahlverein der U. S. P. D. des Kreises Wanzleben“ tritt auch hier unsere Partei in die Öffentlichkeit. Ein von den Gründern eingebrachtes Statut wurde einstimmig angenommen. Der Vorstand setzt sich aus fünf Personen zusammen. Den Vorsitz übernimmt vorläufig der Genosse Böbis, Gartenstadt „Reform“. Es wurde weiter beschlossen, einen vierteljährlichen Extrabeitrag von 30 Pf. zur Stärkung der Kreisliste zu erheben. Der Anrechnung, im Kreise öffentliche Versammlungen zu veranstalten, soll, wo es möglich ist, entsprochen werden.

Die Genossen des Kreises werden sich zur Einteilung des Kreises in Bezirke mit dem Genossen Böbis in Verbindung setzen. Ebenfalls wollen sich Einzelmitglieder an die oben angegebene Adresse wenden. Parteigenossen! Nun frisch ans Werk. Die nächste Generalversammlung muß beweisen, daß wir die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung des Kreises Wanzleben hinter uns haben.

Offenburg (Baden). Die Monatsversammlung der sozialdemokratischen Vereins Offenburg (U. S. P.) setzte den monatlichen Mitgliedsbeitrag gemäß dem Beschlusse der Frankfurter Bezirkskonferenz auf 50 Pf. für männliche, 30 Pf. für weibliche Mitglieder fest mit Wirkung vom 1. Juli d. J. an. Mögen die einzelnen angeschlossenen Orte ihre Zahlungen danach einrichten. Die Zahl der Mitglieder der hiesigen Organisation ist auf 104 angewachsen; bei dem Uebergang zur U. S. P. im vorigen August war es davon etwa ein Drittel. Einzelne angeschlossene Orte beschäftigen, demnächst besondere Vereine der U. S. P. zu gründen.

Aus dem Gewerkschaftsleben.

Nüdnisches aus einer „freien“ Gewerkschaft. Man ist es bereits gewohnt, daß die Gewerkschaftsbürokratie und ihre Presse die Kriegspolitik unserer imperialistischen Unterführer. Die Durchhalteparole der Generalkommission zum Beginn des fünften Kriegsjahres legt hieron ja ein bezeichnendes Zeugnis ab. Es gibt aber noch ein anderes Blatt, welches das Correspondenzblatt tief in den Schatten stellt. Es heißt dort:

„Kein zweites Volk hat während dieses Krieges so oft und so offen und selbstlos den Feinden die Friedenshand entgegen gestreckt als das deutsche und kein Volk ist trotz alledem während des Krieges von allen offenen und versteckten so arg in Wort und Schrift verhöhnt, verlästert, beschimpft und verspottet worden wie das deutsche. Wir können den Frieden nicht haben, nach dem wir uns als deutsches Volk aus tiefstem Herzen sehnen,

was uns das Leben, unheimlich lang, gequälten Feinde jenseits des Kanals und Atlantic ihn noch nicht hinnehmen wollen; weil sie in dem Wahne leben, ihr Ziel: die politische Zertrümmerung und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands erreichen, d. h. erzwingen zu können. Blinde Loren und verrannte Narren regieren die feindliche Welt und ergötzen sich an den sich in ihrem Schmerz und Weh windenden und krümmenden Völkern.

Für das deutsche Volk kann es angesichts dieser dem Hölleleben ähnlichen Situation nur einen und zwar den kategorischen Imperativ geben: mit geballten Fäusten, zusammengebissenen Zähnen ausharrend, trotzend vorwärtsstürmend sich selbst für eine bessere Zukunft erhaltend.

In dem Kampfe um Sein oder Nichtsein darf, wird und kann dem deutschen Volke, und mit ihm der deutschen Arbeiterklasse, trotz alledem nicht der Atem ausgehen, schwankende Schwächlinge können und dürfen nicht über Deutschlands Zukunft entscheiden.“

Diese Zeilen stehen nicht etwa in der „Arbeitszeitung“, nein, sie sind zu finden im Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, dem „Courier“.

In demselben Artikel werden die Regierungsozialisten wie folgt gelobt:

„Von diesem Standpunkt aus begrüßen insbesondere auch Deutschlands stets kampferprobte Seeleute die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die am 13. Juli in dieser schicksalsschwangeren Stunde dem deutschen Volke die Zusage bewahrte und die angeforderten 15 Milliarden neuen Kriegskredite bewilligte. Mit einer Begründung, die sowohl ihrer Form wie ihrem Inhalt nach so unendlich abstricht von den phrasengeschwängerten Deklamationen aller Art, wie sie unsere Feinde in so überreichlichem Maße produzieren.“

In der nächsten Nummer desselben Blattes vom 11. August wird dann nach alldem Reichsoberfräntlich Annexionspolitik gemacht.

Weil englische Schiffabrisgesellschaften mit deutschen Gesellschaften nach dem Kriege wegen der Fahrt ab Antwerpen konkurrieren wollen, muß Antwerpen deutsch werden.

Das „Arbeiterblatt“, der „Courier“, schreibt:

„Wird man nun endlich unser bereits 1914 bildlich geäußertes starkes seemännisch-wirtschaftliches Interesse Antwerpen gegenüber zu begreifen sich bemühen?“

Dieses Interesse gab der „Courier“ 1914 in der Form ab, daß er schrieb:

„Heute weht die deutsche Flagge von den Türmen Antwerpens, hoffentlich für immer.“

Wielange werden sich die Transportarbeiter noch solche Führung gefallen lassen?

Das Gewerkschaftskartell Halle nahm in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung Stellung zu den Reichstagsverhandlungen über das Arbeitskammergesetz. Das Referat erstattete Arbeitersekretär Klaus. Er legte dar, daß die Forderung des Kölner Gewerkschaftskongresses reine Arbeiterkammern vorzuziehen sei. In der Kommission seien dem Entwurf die schlimmsten Giftzähne ausgezogen worden. Diese Kommissionsfassung sei aber das mindeste, was die Arbeiter verlangen müßten; er empfahl eine in diesem Sinne gehaltene Resolution zur Annahme.

Gegen diese Auffassung wendeten sich die Diskussionsredner. Der Kölner Beschuß treffe das Richtige, er sei noch in Kraft. Es zeige sich aber, wohin die burgfriedlichen Instanzen und die Verbrüderungspolitik der Generalkommission führe: die Arbeiterforderungen würden an den Zugeständnissen der christlichen, östlich-dunkelrötlichen und gelben Gewerkschaften orientiert. Dementsprechend sei auch die parlamentarische Vertretung ein andauerndes Zurückhufen. Einzig und allein die unabhängigen Sozialdemokraten Brandes und Hattmann hätten in der 34. Reichstagskommission den freigewerkschaftlichen Standpunkt und die Forderung nach ausgesprochenen Arbeiterkammern vertreten. Diese Auffassung wurde von den verschiedensten Rednern unterstützt und sehr bedauert, daß es dem Genossen Brandes unmöglich gemacht worden sei, in Halle zu sprechen. Es dürfe nichts preisgegeben und nichts abgehandelt werden. Der Resolution Klaus wurde folgende Gegenresolution entgegengestellt:

„Das Gewerkschaftskartell Halle a. d. S., dem vor dem Kriege rund 20 000 Mitglieder angeschlossen waren, hält es für unerläßlich, daß auch die Arbeiterschaft (wie die Unternehmer und Angehörigen anderer Stände) eine gesetzlich geregelte und staatlich anerkannte Vertretung zur Erörterung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten erhält. Die Gleichberechtigung erfordert, daß diese Körperschaften nur aus Vertretern der Arbeiterschaft zusammengesetzt sind. Der von der Regierung dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Arbeitskammergesetzes kann als befriedigend nicht angesehen werden, da er notwendige Forderungen unberücksichtigt läßt, ebenso wenig die Beschlüsse der 34. Reichstagskommission. Die Versammelten fordern erneut Interessenvvertretungen des Arbeiterstandes in Arbeiterkammern. Gegen paritätische Arbeitskammern unter Teilnahme der Arbeitgeber ist die Versammlung auch deshalb, weil die Feindschaft oder Gleichgültigkeit der Unternehmerkreise gegen jede gesetzliche Regelung der Arbeitergleichberechtigung bekannt und insolge dessen eine die Arbeiter befriedigende Tätigkeit der Kammern weder unter Teilnahme der Arbeitgeber noch unter Leitung eines ausschlaggebenden Beamtenvorsitzenden zu erwarten ist. Die Versammlung erwartet von den sozialdemokratischen Vertretern im Reichstage, daß sie bei Neuaufnahme der Verhandlungen nachdrücklich für die Errichtung von Arbeiterkammern auf räumlicher Grundlage eintreten, für die Einbeziehung aller Erwerbsgruppen

zu der des Reich, also der Arbeiter, selbstständigen Arbeiter, Eisenbahner, Angestellten, sowie für die Zentralisation der Arbeiterkammern durch Landesarbeitsämter und Reichsarbeitsamt.

Klaus wandte sich dagegen und empfahl seine Entschließung; „man solle nicht so drauflos fordern, ohne Rücksicht darauf, ob es durchzuführen sei“. Mehr könne man später immer noch fordern. Bei der Abstimmung über die Vorstandsresolution erhob sich außer Klaus nur eine Hand für dieselbe; anwesende Gewerkschaftsangehörige nahmen merkwürdigerweise an der Abstimmung nicht teil. Die Gegenresolution wurde darauf mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit angenommen.

So war diese Gewerkschaftsversammlung eine effektive Niederlage der auch vom Vorstand des Halleischen Gewerkschaftskartells vertretenen gewerkschaftlichen Instanzen- und burgfriedlichen Allverweltverbrüderungspolitik der Generalkommission und der Scheidemann-Sozialdemokraten. Sie bewies deutlich, daß die Halleischen Gewerkschaftsmitglieder dieser Politik das allergrößte Mißtrauen entgegenbringen und ihre parlamentarische Vertretung da erwarten, wo man auch den alten Grundsätzen der Gewerkschaften treu bleibt und sie konsequent und nachdrücklich vertritt: bei der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Arbeiter-Bildungsschule.

Trotz aller Schwierigkeiten ist es gelungen, die Arbeiterbildungsschule während der ersten vier Kriegsjahre am Leben zu erhalten. In den Wintermonaten hat die Tätigkeit ununterbrochen stattfinden können, und der Besuch der Schule ist trotz der Kriegsverhältnisse ein erfreulicher gewesen. Auch im 5. Kriegswinter wird die Schule ihre Aufgaben erfüllen. Sie wird die wissensdurstigen Berliner Arbeiter bekannnt zu machen suchen mit den Problemen des wissenschaftlichen Sozialismus und besonders mit solchen Fragen, die durch die Ereignisse des Weltkrieges von ganz besonderer Bedeutung sind.

Die Schule wird ihre Lehrtätigkeit am 6. Oktober beginnen. Vorgesehen sind für das erste Wintersemester folgende 10 Abende umfassende Kurse:

1. ein Kursus über Kriegsozialismus, Staatssozialismus, Uebergangswirtschaft, Monopole usw.;
2. ein Kursus über das Thema: „Die Internationale während des Weltkrieges“;
3. als Fortsetzung der im vergangenen Winter gehaltenen Vorträge über Rußland ein Kursus über das Thema: „Rußland vom Jahre 1905 bis zum Jahre 1918“, und
4. ein Kursus, der in erster Linie für Jugendliche bestimmt ist und der eine Einführung in die Volkswirtschaft geben soll.

Auch die Sonntagsveranstaltungen werden wieder aufgenommen werden. So ist wieder einer der beliebten musikalischen Vortragszyklen des Genossen Restenberg vorgesehene. Ferner wird ein Zyklus literaturgeschichtlicher Art über die modernen Romane gehalten werden. Ein dritter Vortragszyklus wird sich auf das geographische oder naturwissenschaftliche Gebiet erstrecken.

Am großen künstlerischen Veranstaltungen sind für das kommende Halbjahr 3 Abende vorgesehene, und zwar der 19. Oktober und 30. November 1918 und der 15. Februar 1919. Die Organisationen werden ersucht, mit ihren Veranstaltungen auf die erwähnten Tage Rücksicht zu nehmen. Alles nähere wird noch rechtzeitig im „Mitteilungsblatt“ bekanntgegeben.

Die Genossen und Genossinnen Berlins werden ersucht, auch im 5. Kriegswinter die Bildungsmöglichkeiten zu benutzen, die ihnen die Schule bietet und auch sonst deren Tätigkeit nach jeder Richtung hin zu unterstützen.

Aus dem Geistesleben des Sozialismus.

Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Geseftaebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft. Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft, sie bewegt sich in jeder Geschichtsperiode nur auf der Linie und so lange, als in ihr der ihr durch die letzte Umwälzung gegebene Fußtritt nachwirkt, oder konkret gesprochen, nur im Rahmen der durch die letzte Umwälzung in die Welt gesetzten Gesellschaftsform. Das ist eben der Kernpunkt der Kraae.“

R. L u z e m b u r g : „Sozialreform oder Revolution?“

Verantw. Redakteur: E. Leid; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schillerstraße 5. Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.